

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich



6 **didacta 2024**
VDR mit lehrer nrw
erfolgreich unterwegs

16 **LÄNDERKONFERENZ**
PISA-Studie verliert an
Aussagekraft

38 **VDR Frauen**
Tagung in Fulda mit Schwerpunkt
auf Kommunikation und Austausch

INHALT



Foto: Koelnmesse didacta

6 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst eröffnet die didacta 2024



16 Länderkonferenz in Ulm diskutiert die PISA-Ergebnisse



26 Auf dem Weg zur Jahrestagung dbb beamtenbund und tarifunion

EDITORIAL	4
EINBLICKE UND AUSBLICKE	5
didacta 2024	
didacta 2024 setzt zukunftsweisende Impulse für die Bildungsbranche	6
„Bildung mit Zukunft – Jetzt gestalten!“	9
Starker Auftritt auf der didacta	12
3 Fragen an Dr. Theodor Niehaus	15
LÄNDERKONFERENZ	
Starke süddeutsche Realschulallianz	16
Gemeinsame Resolution der Realschul-Landesverbände aus Bayern (brlv), Baden-Württemberg (RLV) und Hessen (VDL)	19
Vortrag von Hartmut Esser: „Falsch abgelenkt: PISA, der traurige Smiley und eine Überraschung“	20
TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN	
Jahrestagung dbb beamtenbund und tarifunion	26
Jahreskonferenz 2024 der Initiative „MINT Zukunft schaffen!“ in Potsdam	27
Panel Soziale Marktwirtschaft der Stiftung Finanzbildung	29
Abschlussveranstaltung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung (QLB) in Berlin	30
AUS DEN LÄNDERN	
Nordrhein-Westfalen: Zwischenbilanz mit vielen Fragezeichen	33
Rheinland-Pfalz: Online-Befragung unter Lehrkräften: „So kann es nicht weitergehen!“	34
Saarland: „Startchancen-Programm“ für Brennpunktschulen – Der VRB sieht noch Nachbesserungsbedarf	34
Sachsen: Erwartungen an die Arbeitszeitstudie des SMK	35
EINIGUNG	
Das Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder (TV-L)	36

Foto Seite 1: Koelnmesse didacta

INHALT

FACHTAGUNG DER VDR FRAUENVERTRETUNG „Verbandsarbeit ist Kommunikation“	38
VDR-LÄNDERSPIEGEL	40
IM GESPRÄCH MIT DER KMK Lehrkräftebildung braucht klare Standards	42
IMPRESSUM	43



27 „MINT Zukunft schaffen!“

Anzeige

ÖFFENTLICHER DIENST
**IHR SORGT FÜR
BILDUNG**
**WIR BILDEN EURE
ABSICHERUNG**

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

Debeka
Versichern und Bausparen



Waltraud Eder,
Chefredakteurin „Bildung Real“

didacta, KMK und Co.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser,

die didacta, Europas größte Bildungsmesse, lockte im Februar erneut viele Bildungsinteressierte nach Köln. Dabei beherrschte ein großes Thema die Stände, Panels und Diskussionsrunden: KI. Die Künstliche Intelligenz ist in den Bildungseinrichtungen, bei den Anbietern und den Besuchern angekommen. Die einen erhoffen sich Erleichterung in ihrer Arbeit, mehr individuelle Förderungsmöglichkeiten, Korrekturlastung oder schlicht eine Unterstützung in der Vorbereitung des Unterrichts im weitesten Sinne. Die anderen sehen die Künstliche Intelligenz und die Herausforderungen, die mit ihr einhergehen, sehr kritisch: Wie ist der Datenschutz geregelt? Welche Probleme ergeben sich bezüglich der Urheberrechte? Welche KI darf auch von Schülern genutzt werden? Welche Kosten kommen auf die Anwender zu? Berechtigte Fragen, die nicht immer eindeutig geklärt werden können. Die Kritiker würden sie am liebsten aus den Klassenzimmern verbannen. Dass dies angesichts der rasanten Entwicklung von KI schwierig sein dürfte, ist allen bewusst. Wie so oft gilt: Es wird wohl ein Mittelweg gefunden werden müssen, der nicht Verbote, sondern Vorschläge zum Umgang bereithält.

Und da sind ja auch noch die Länder in Europa, die wieder einen Schritt zurückgehen. Waren beispielsweise Schweden oder Dänemark Vorreiter in Sachen Digitalisierung, wollen hier einzelne Schulen nach den verheerenden Ergebnissen der PISA-Studie wieder Schulbücher in Papier einführen. In deutschen Schulen wird dies gerne als *der* Grund für ein „Kommando-zurück“ missverstanden. Dass die Digitalisierung nicht zu einseitigen methodischen, didaktischen und medialen Umsetzungen im Unterricht führen darf, ist gewiss. Die pädagogische Freiheit muss nach wie vor bei den Lehrkräften liegen. Das bedeutet aber nicht, dass wir die Digitalisierung nun auf Nimmerwiedersehen einstampfen sollen.

Dass Bedenken, Sorge und Ängstlichkeit in der deutschen Bildungspolitik vorherrschen, wird auch durch die aktuellen Ergebnisse der PISA-Studie befeuert. Prof. Harmut Esser hat sich dazu deutlich geäußert und hält mit Studien und Erläuterungen dagegen. Ob eine PISA-Studie in

der bekannten Form heute noch zeitgemäß ist oder ob sie es jemals war, sei jetzt zwar zunächst einmal dahingestellt, sollte jedoch dringend im Mittelpunkt künftiger Diskussionen stehen.

Mit den Hiobsbotschaften lockt man jedenfalls keine weiteren Lehrkräfte hinter dem Ofen hervor. Und so quälen sich Politik und Verbände mit mehr oder weniger guten Ideen, um die Abiturienten und Quereinsteiger von Morgen in den Lehrberuf zu drängen. Dass die Rahmenbedingungen aktuell nicht besser werden, auch durch suspekte Maßgaben einer Kultusministerkonferenz mit dem Vorschlag eines dualen Lehramtsstudiengangs, weitere Kürzungen des Referendariats und dem Modell Ein-Fach-Lehrkraft oder die Anwerbung von Lehrkräften aus dem Ausland, trägt sicherlich nicht zum großen Erfolg der Maßnahmen bei. Und ob eine Arbeitszeiterfassung zum Guten verwendet würde, ist mehr als fragwürdig: Eher muss man aufpassen, dass von Lehrkräften als Folge nicht die Anwesenheit zu Kernzeiten gefordert wird. Es sei hier zu bedenken, dass die EU-Arbeitszeitrichtlinie derzeit eine maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden vorschreibt. Das bedeutet aber auch, dass die Durchschnittsarbeitszeit insgesamt ohne Weiteres angehoben werden kann. Dies per Stundenerfassung nachweisen zu müssen, würde sicher nicht zu einer Erleichterung im Beruf führen.

Da ist es erfreulich, dass es mancherorts eine Rückbesinnung zu Inhalten gibt: So versucht Berlin die Übertrittsregeln wieder einzuführen und Leistungsaspekte zu reaktivieren; Sachsen-Anhalt führt die Möglichkeit des Hauptschulabschlusses an Förderschulen ein; wieder Sachsen-Anhalt und Bayern passen den Grundschullehrplan an, um die Grundkompetenzen zu stärken.

So gilt also wie immer: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Ihre Waltraud Eder,
Chefredakteurin

EINBLICKE UND AUSBLICKE

„Völlig losgelöst von der Erde“



Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Juni diesen Jahres beginnt die Fußball-Europameisterschaft bei uns in Deutschland. Wenn es nach vielen Fans des DFB-Teams geht, dann erfolgt nach jedem eigenen Tor eine Torhymne mit den eingangs zitierten Zeilen aus dem Song „Major Tom“ von Peter Schilling. Und das Anliegen der Fans hatte Erfolg. Kaum war eine entsprechende Petition gestartet, lenkte der DFB ein und erstmals im Testspiel gegen die Niederlande ertönte die Torhymne aus den Stadionlautsprechern.

Liebe Leserinnen und Leser, in vielen Ländern der Welt ist das Mittel der Petition entweder gänzlich unbekannt oder eine Unterschrift für oder gegen ein bestimmtes Anliegen kann mitunter recht gefährlich werden und Strafen nach sich ziehen. Unsere Demokratie hingegen lebt – und das nicht nur, wenn es um eine unpolitische Torhymne geht.

In den letzten Wochen haben tausende Menschen in vielen Städten Deutschlands ein deutlich sichtbares Zeichen gegen Rechtsextremismus, Ausgrenzung, Hass und Hetze gesetzt und sich für die Werte unserer Demokratie stark gemacht. Das macht Mut, gerade in einem Jahr, in dem wir den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes feiern. Die dort zugrunde gelegten Werte und Menschenrechte sind zwingend darauf angewiesen, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, verteidigt und gelebt werden. Sie müssen aber auch an jede nachfolgende Generation neu vermittelt werden.

So hat der dbb in der Bundesvorstandssitzung am 19. März auch ein wichtiges Positionspapier zum Thema „Demokratie stärken – Zusammenhalt stärken“ beschlossen, um die Haltung aller dbb Gewerkschaften und Landesbünde deutlich zu machen. Ein einstimmiger Beschluss – Gut so!

„Völlig losgelöst von der Erde schwebt das Raumschiff völlig schwerelos.“ – Liebe Leserinnen und Leser, ich komme nicht umhin, noch einmal auf „Major Tom“ zurückzukommen und die eingangs erwähnten Zeilen fortzuführen, um auf das Bild des im Orbit schwebenden Raumschiffs zu kommen. Oftmals wird diese Metapher gebraucht, um auf die Europäische Union, insbesondere auf die EU-Kommission zu verweisen und den Abgeordneten wie auch der Verwaltung Lebensferne vorzuwerfen. Fakt ist aber: Direkt oder indirekt sind wir in Deutschland vielfach von Entscheidungen auf Ebene der EU betroffen. Umso wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger sich an der Europawahl beteiligen und mit ihrer Stimme proeuropäische Parteien stärken. Bitte gehen Sie zur Wahl und nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr!

Das im Orbit schwebende Raumschiff lässt sich allerdings auch gut mit der Kultusministerkonferenz in Verbindung brin-

gen. Machen wir uns nichts vor: Wir haben in allen Bundesländern und in nahezu allen Schulformen einen Lehrkräftemangel. Dass Not erfinderisch macht, ist nicht neu. Und vor diesem Hintergrund sind auch die jüngsten Beschlüsse der KMK zu betrachten. So ist nun ein Tor geöffnet worden, das den Ländern zusätzliche Wege ermöglicht, Menschen in den Lehrkräfteberuf zu bringen. Konkret geht es um die Qualifizierung zu Ein-Fach-Lehrkräften, das Duale Lehramtsstudium und das Quereinstiegs-Masterstudium. Alle Maßnahmen dienen einem einzigen Zweck, den Lehrkräftemangel zu beheben.

Als Bundesvorsitzender des VDR war ich selbst Teil der Delegation der Bildungsgewerkschaften des dbb beim Jahresgespräch mit der KMK. Für uns alle ist klar: Eine bestmögliche Ausbildung der Lehrkräfte ist entscheidend für den Bildungserfolg und die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von jungen Menschen. Daher gilt es die Qualitätsstandards in der Lehrkräftebildung hochzuhalten und nicht weiter abzusenken.

Deshalb haben wir im dbb-Bundesvorstand am 19. März einstimmig ein weiteres Positionspapier zum Thema „Qualitativ hochwertige Lehrkräftebildung in Zeiten des Lehrkräftemangels“ beschlossen. Uns sind unter anderen folgende Punkte dabei besonders wichtig:

- Die Zweiphasigkeit der akademischen Ausbildung mit einem Vorbereitungsdienst von idealerweise 24 und mindestens 18 Monaten.
- Kein duales Studium im Sinne einer Einphasigkeit.

- Das grundsätzliche Festhalten am Zweifach-Lehramtsstudium.
- Kohärenz zwischen den einzelnen Phasen der Lehrkräftebildung.
- Das C1-Sprachniveau oder höher als Voraussetzung der Anstellung für Lehrkräfte, die aus dem Ausland zu uns kommen. Denn: Die souveräne Beherrschung der deutschen Sprache sollte insbesondere in der Schule selbstverständlich sein.

Wir brauchen insgesamt eine positive Zukunftserzählung von Schule sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor Ort, damit sich wieder deutlich mehr junge Menschen für den erfüllenden Beruf der Lehrkraft entscheiden. Was auf keinen Fall passieren darf, ist eine weitere Deprofessionalisierung bei der Lehrkräftebildung. Dafür werden wir im VDR kämpfen.

Für den DFB ist mit Blick auf die neuen Trikots die Zukunft Pink. Der VDR kann mit Blick auf die Didacta Bildungsmesse eine positive Bilanz ziehen. Ohne zu sehr durch die rosarote Brille zu schauen, ist es uns gemeinsam mit lehrer nrw sehr gut gelungen, dass wir mittendrin statt nur dabei waren. Ob gute Gespräche mit NRW-Bildungsministerin Dorothee Feller, didacta-Präsident Dr. Theodor Niehaus oder Christina Ramb aus der Hauptgeschäftsführung des BDA sowie eine gute Beteiligung mit verschiedenen Köpfen aus dem VDR in mehreren Panels bei der Messe, sind ein erfreuliches Signal. Diesen Weg möchte ich fortsetzen, einerseits wenn es um die Mitwirkung des VDR in den Ausschüssen des Didacta Verbandes und andererseits wenn es um die Mitwirkung im Vorstand des Verbandes geht. Ich freue mich daher, dass der geschäftsführende Vorstand des VDR mich bereits einstimmig bei meiner Kandidatur bei den anstehenden Vorstandswahlen des Didacta Verbandes unterstützt. Es ist aus meiner Sicht entscheidend, dass die starke Stimme der Lehrkräfte auf den Messen in Köln und Stuttgart gehört wird und wir dort unsere Positionen direkt einbringen können.

Ob Schule oder Fußball-Nationalmannschaft: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Deutschland den Weg zurück in die Weltspitze schafft. Aus unserer Sicht ist dabei ein leistungs- und begabungsorientiertes, differenziertes und vielfältiges Bildungswesen die Voraussetzung.

Ihr Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender

→ didacta 2024: Innovatives Lernen im Fokus

Die didacta, Deutschlands größte Bildungsmesse, fand dieses Jahr vom 20. bis 24. Februar 2024 in Stuttgart statt. Lehrkräfte, Bildungsexperten und Interessierte aus dem gesamten Land versammelten sich, um die neuesten Entwicklungen im Bildungsbereich zu erkunden. Die Messe bot eine umfassende Plattform für den Austausch von Ideen, die Vorstellung innovativer Bildungstechnologien und die Diskussion aktueller pädagogischer Trends.

→ Vielfältiges Angebot an Workshops und Seminaren

Die didacta 2024 überzeugte mit einem breiten Spektrum an Workshops und Seminaren, die sich mit aktuellen Herausforderungen im Bildungswesen auseinandersetzten. Von digitaler Didaktik über inklusiven Unterricht bis hin zu interkultureller Pädagogik – die Vielfalt der Themen spiegelte die Komplexität moderner Bildungsansätze wider.

→ Digitalisierung im Fokus

Ein zentraler Schwerpunkt der didacta 2024 war die fortschreitende Digitalisierung im Bildungsbereich. Zahlreiche Aussteller präsentierten innovative Lösungen, darunter interaktive Whiteboards, virtuelle Klassenzimmer und digitale Lernplattformen. Besonders bemerkenswert war die Integration von Künstlicher Intelligenz (KI) in Bildungssoftware, um personalisierte Lernumgebungen zu schaffen.

→ Inklusion und Diversität

Die Messe setzte einen starken Akzent auf inklusive Bildung. Viele Aussteller stellten Ressourcen und Tools vor, die Lehrkräfte dabei unterstützen, auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler einzugehen. Inklusion wurde nicht nur als Herausforderung, sondern vor allem als Chance für eine vielfältigere und chancengleiche Gesellschaft präsentiert.



didacta
die Bildungsmesse

didacta 2024 setzt zukunftsweisende Impulse für die Bildungsbranche

Europas größte Bildungsmesse zieht positive Bilanz ++ 63.000 Besucherinnen und Besucher vor Ort in Köln ++ Eröffnung durch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Hendrik Wüst ++ Lebhaftes Interesse an Angeboten in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Inklusion

Nach fünf Tagen im Zeichen der Bildung geht die didacta 2024 zu Ende. Vom 20. bis 24. Februar präsentierten rund 740 ausstellende Unternehmen auf Europas größter Bildungsmesse eine Vielfalt an innovativen pädagogischen Konzepten, Lehrmaterialien, Technologien und Dienstleistungen für alle Bildungsbereiche. 63.000 Besuchende kamen nach Köln, um sich eingehend über die frühe Bildung, schulische und außerschulische Bildung sowie die berufliche Aus- und Weiterbildung/myQ-Qualifizierung zu informieren und miteinander auszutauschen. Darüber hinaus führten die persönlichen Begegnungen an den Messeständen zu erfolgreichen Geschäftsabschlüssen sowie zum Aufbau und zur Vertiefung relevanter Business-Partnerschaften.

Großes politisches Interesse

und Aufbruchstimmung auf allen Ebenen

Die Eröffnung unter dem Motto „Bildung mit Zukunft – Jetzt gestalten!“ durch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Hendrik Wüst gab den Startschuss für die fünftägige Bildungsveranstaltung. „Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource. Damit all unsere Kinder gute Bildungschancen haben, brauchen wir ein modernes und digitales Bildungssystem, das zu den großen Herausforderungen unserer Zeit passt. Für alle Akteure und Interessierten aus dem Bildungssystem ist die didacta jedes Jahr aufs Neue der ideale Treffpunkt. Hier entstehen genau die kreativen und innovativen Ideen, die unser Bildungssystem in Zukunft braucht. Für die nordrhein-westfälische Landesregierung hat das Thema Bildung höchste Relevanz. Bildung ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Bildung hilft allen Formen des Extremismus entgegenzutreten. Deshalb wollen wir gute Bildungschancen für alle Kinder und deshalb wollen wir mehr junge Menschen dazu motivieren, Lehrerin oder Lehrer zu werden.“, so Wüst.

Auch Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, die mit ihrem Ministerium in diesem Jahr die Schirmherrschaft der didacta übernommen hatte, unterstrich mit ihrer mehrtägigen Präsenz auf der Messe sowie der Teilnahme an verschiedenen Podiumsdiskussionen die politische Relevanz von Bildung.

Oliver Frese, Geschäftsführer und COO der Koelnmesse GmbH, betont die Bedeutung der didacta für den gesamten Bildungssektor: „Die didacta fungiert als größter und wichtigster Treffpunkt für die gesamte Bildungsbranche und fördert den direkten Austausch zwischen allen Beteiligten. Hier werden Bildungstrends gesetzt und die Zukunft der Bildung gestaltet.“ Die didacta gastierte bereits zum zehnten Mal am Standort Köln. „Für uns ist das eine besondere Ehre, auch, weil wir in diesem Jahr das 100-jährige Bestehen der Koelnmesse feiern.“, so Frese weiter.

Auch Dinah Korb, Geschäftsführerin der Didacta Ausstellungs- und Verlagsgesellschaft, zieht ein positives Fazit: „Auf dem didacta Bil-



Von links: Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung, Hendrik Wüst, Ministerpräsident sowie Dinah Korb, Geschäftsführerin der Didacta Ausstellungs- und Verlagsgesellschaft, bei der diesjährigen Eröffnung der Bildungsmesse

→ Nachhaltigkeit im Bildungsbereich

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der auf der didacta 2024 hervorgehoben wurde, war die Bedeutung von Nachhaltigkeit im Bildungsbereich. Viele Aussteller präsentierten umweltfreundliche Lehrmaterialien, innovative Konzepte für nachhaltige Schulgebäude und Ansätze zur Umweltbildung. Der Fokus lag darauf, Schülerinnen und Schüler zu verantwortungsbewussten globalen Bürgern zu erziehen.

→ Networking und Austausch

Die Messe bot zahlreiche Gelegenheiten zum Networking und zum Austausch von Best Practices. Lehrkräfte hatten die Möglichkeit, sich mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Regionen zu vernetzen, Erfahrungen zu teilen und neue Kooperationen zu initiieren.

→ Fazit

Die didacta 2024 präsentierte sich als inspirierende Plattform für Lehrkräfte, die stets auf der Suche nach innovativen Methoden und Tools für ihren Unterricht sind. Die Messe reflektierte die Dynamik des Bildungsbereichs und unterstrich die Notwendigkeit, stetig auf Veränderungen zu reagieren, um die bestmögliche Bildung für die kommenden Generationen zu gewährleisten.

derungsgipfel in Köln herrschte in den vergangenen fünf Tagen eine besonders spürbare Aufbruchstimmung. Es wird deutlich, dass tiefgreifende Veränderungen im Bildungssystem nötig und möglich sind. Unser sehr vielfältiges und hochkarätig besetztes Rahmenprogramm, ausgebuchte Kita-Seminare und eine insgesamt hohe politische Präsenz tragen zu der nötigen Transformation in allen Bildungsbereichen bei.“

Vielseitiges Programm zu relevanten Bildungsthemen

Als ideeller Träger der Messe präsentierte der Didacta Verband e. V. ein umfangreiches Event- und Rahmenprogramm für die drei Bildungsbe- reiche. Verteilt auf drei Hallen, boten fünf Foren und über 1.600 Seminare, Diskussionsrunden und Sonderschauen vielfältige Möglichkeiten zur Weiterbildung und offenen Diskurs. Auch die ausstellenden Unter- nehmen hielten an ihren Ständen und der Speakers' Area Workshops, Panels und Vorträge zu aktuellen Themen ab.

Im Fokus der didacta 2024 standen unter anderem anhaltende Her- ausforderungen wie der Fachkräftemangel, das Ganztags-Versprechen, die Demokratiebildung sowie die Gestaltung neuer Lernräume.

Wie in den vergangenen Jahren war auch das Thema Digitalisierung in allen Bildungsbereichen präsent, besonders im Hinblick auf den Digitalpakt 2.0, den die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag versprochen hatte. Zusätzlich zu digitalen Tools wurde das Thema Künstliche Intelligenz intensiv diskutiert. Im Zentrum standen dabei die Fragen: Wie können KI-basierte Anwendungen im Bildungsbereich eingesetzt werden, um Fachkräfte zu entlasten und personalisiertes Lernen zu fördern? Und welche finanziellen und administrativen Her- ausforderungen gibt es dabei zu beachten?

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Thema Inklusion, wobei inno- vative Ansätze zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit un- terschiedlichen Bedürfnissen und Hintergründen in den Bildungsalltag vorgestellt wurden. Diese Diskussionen unterstrichen die bestehende Notwendigkeit, Bildungssysteme flexibler und zugänglicher zu gestal- ten, um alle Lernenden zu erreichen.

Aber auch andere aktuelle Themen wie der Nahostkonflikt oder die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie wurden bespro- chen.

Auszeichnungen für besonderes Engagement und Innovation in der Bildung

Als Bildungsbotschafter konnte die didacta 2024 den Journalisten, Autor und Moderator Mirko Drotschmann gewinnen. Auf YouTube vermittelt er als MrWissen2go unterhaltsam und journalistisch fun- diert Wissen an eine junge Zielgruppe. Für sein Engagement wurde Drotschmann während der didacta 2024 geehrt.

Eine weitere Auszeichnung wurde zudem an das „didacta Start-up des Jahres“ fieta.ai, entwickelt von Hendrik Haverkamp und Malte Hecht, verliehen. In Kooperation mit der EDUvation GmbH würdigt der Di- dacta Verband e. V. mit dem Award junge Unternehmen, die sich durch ihren Innovationscharakter und wegweisende Visionen für die Bil- dungslandschaft hervorheben.

Mit freundlicher Genehmigung des Didacta Verbands

didacta in Zahlen

- An der didacta 2024 in Köln beteiligten sich 736 Unternehmen aus 60 Ländern. 63.000 Besucherinnen und Besucher kamen zur didacta.
- Die nächste didacta – die Bildungsmesse findet vom 11. bis 15. Februar 2025 in Stuttgart statt.



Sonderschau „Lernen zum Anfasseln“



Schulfix InfluencerTalks mit Bob Blume, Lehrer, Bildungsblogger und Moderator



Wie können wir die Attraktivität des Berufsfeldes stärken – jetzt und in Zukunft

„Bildung mit Zukunft – Jetzt gestalten!“

Europas größte Bildungsmesse didacta hat von 20. bis 24. Februar in Köln Station gemacht. Unter dem Motto „Bildung mit Zukunft – Jetzt gestalten!“ konnten die Vorstandsmitglieder aus dem VDR und Lehrer nrw in vielen Gesprächen mit Ausstellern, in den fachlichen Panels, aber auch bei den meisten Besucherinnen und Besuchern viel Aufbruchsstimmung spüren

Bei der Eröffnungsveranstaltung am Dienstagvormittag hielt Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) nach einer Gesangseinlage der Lucky Kids, dem Kinderchor der Rheinischen Musikschule, zunächst ein digitales Grußwort, in dem sie eine „Trendwende in der Bildungspolitik“ forderte und auf das „Startchancen-Programm“ verwies. Man wolle das Aufstiegsversprechen erneuern, so Stark-Watzinger. Ziel sei es, die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erreichen, zu senken. In den nächsten zehn Jahren wolle man diese Zahl halbieren, so die Bildungsministerin weiter. Sie kämpfe auch für den Digitalpakt 2.0, der noch besser, passgenauer und unbürokratischer werden müsse. Zu den Instrumenten, die die Schulfamilie brauche, gehörten auch neue KI-Anwendungen, die neben allen Herausforderungen vor allem neue Chancen für das Lehren und Lernen böten.

Anschließend begrüßte die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, die Gäste der Eröffnungsveranstaltung. Wissen sei die wichtigste Ressource, aber zwei Dinge bereiteten ihr Sorgen: Die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie und der erschreckend hohe Zuspruch für „politische Kräfte,

die nur suggerieren, Lösungen zu haben, die uns aber tatsächlich lähmen und an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln“. Angesichts dessen brauche es schnelle und wirksame Veränderungen im Bildungsbereich. Eine Facette dabei sei die Infrastruktur – hier sparte die Oberbürgermeisterin nicht mit Selbstlob und verwies ausführlich auf das Schulbauprogramm der Stadt Köln: Man habe derzeit rund zwei Dutzend Schulbaustellen gleichzeitig und investiere über zwei Milliarden Euro. Dennoch komme es bei Bildungsfragen auf die Inhalte an und hier sehe sie die Länder in der Pflicht. Reker lobte das Startchancenprogramm, betonte aber auch, dass dies nicht ausreiche, um unsere Kinder fit für die Zukunft zu machen. Die Lehrpläne seien auf die Reproduktion von Fertigwissen ausgelegt, die Fähigkeit, Wissen kreativ auf neue Themenfelder anzuwenden, bleibe auf der Strecke, kritisierte sie. Diese Fähigkeit sei aber dringend notwendig, es müsse mehr in Richtung echter Zukunftskompetenzen umgesteuert werden. Diese Aspekte müssten auch in der Lehrerbildung berücksichtigt werden, „so wie von der Universität zu Köln geleistet wird“. Reker forderte die Gäste auf, intensiv zu diskutieren und um Lösungen zu ringen, aber auch Impulse zu setzen, die schnell in den Klassenzimmern ankommen, denn es sei keine Zeit zu verlieren.

Zukunftsforscher Spindler:

Der Lernprozess als Flipperkugel

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Didacta Verbandes, Dr. Theodor Niehaus, folgte der Impulsvortrag von Roger Spindler, Referent für Wissenskultur am Zukunftsinstitut. Spindler betonte, dass zwischen der Bildung, wie wir sie heute kennen und wie wir sie uns wünschen, gefühlte Lichtjahre liegen. Wir alle seien aufgefordert, neue Fragen zu stellen, „Fragen, von denen wir vielleicht noch gar nicht wissen, dass wir sie stellen müssen“. Das nenne man „Denken in Runden“, was bedeute, neue Gedanken zuzulassen. Wie das gehe, zeige in Perfektion der US-Popstar Taylor Swift, zu deren „unternehmerischem Genie“ es in den USA bereits eigene Kurse an Universitäten gebe. Spindler nannte in diesem Zusammenhang fünf Merkmale, die sich leicht auf den schulischen Kontext adaptieren ließen: Zielgruppe, Mehrwert, Feedback, Erlebnis und Bedürfnisse. Swift vermittelte glaubhaft, dass sie ihre Arbeit ihren Fans zuliebe mache ... Spindler rief dazu auf, diesen Gedanken auch im Bildungskontext zuzulassen, auch wenn „unsere Schülerinnen und Schüler nicht unsere Fans sein müssen“. Dann sprach er dann noch von der „pädagogisch nicht ganz korrekten Flipperdidaktik“. Zugegeben: Der Begriff bleibt hängen ... Dabei solle ein Lernprozess in Gang gesetzt werden, ähnlich wie eine „Flipperkugel“. Die Schüler sollen durch verschiedene Inputs, Aktivitäten und Anregungen von einem Punkt zum nächsten geführt werden. Jeder geht seinen eigenen Weg und wenn es mal nicht so gut läuft, versucht man einen „neuen Kick“

zu geben, um einen neuen Lernprozess zu starten“.

Mit Blick auf die rasante Entwicklung und disruptive Veränderung durch die Technologie der Künstlichen Intelligenz zitierte Spindler Sascha Lobo, der einen kompletten Umbau der Zivilisation erwarte. Man müsse sich darauf einstellen, so Spindler, dass es das Normale nicht mehr gebe, es gebe auch nicht das neue Normale: „Irgendwer muss doch was tun. Wir sind alle irgendwer. Und wir müssen irgendwann was machen. Und irgendwann ist immer jetzt“, gab der Zukunftsforscher den Gästen mit auf den Weg.

Ministerpräsident Wüst: Bildung als Schlüssel

Nach diesem „Food for thought“-Vortrag ergriff der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst MdL, das Wort. Wüst betonte, Bildung sei der Schlüssel für jeden Einzelnen, für beruflichen Erfolg und ein selbstbestimmtes Leben, aber auch für unser Land, unsere Gesellschaft, eine starke Demokratie und Wohlstand. Mit dem Lehrerberuf sei eine große Verantwortung für die Zukunft unseres Landes verbunden. Wüst nannte die zahlreichen zentralen Herausforderungen wie Flüchtlingsbeschulung und Pandemie: Allein in Nordrhein-Westfalen gebe es 100.000 Flüchtlingskinder in der Frühförderung. Wüst dankte daraufhin allen Lehrkräften und Alltagshelfern. An Bildung werde in seinem Land trotz knapper Kassen nicht gespart: „In Nordrhein-Westfalen geben wir in diesem Jahr mehr als 38 Milliarden Euro aus“, so Wüst. Sprachkenntnisse seien zudem die Grundvoraussetzung für Bildung, deshalb habe NRW 38 Millionen Euro „on top“ für die Sprach-Kitas investiert. („Wir machen das, weil es nötig ist“).

Gute Bildung könne es aber nur geben, wenn Unterricht stattfindet und es genügend Lehrerinnen und Lehrer gebe, so der Ministerpräsident. Deshalb bemühe man sich, mehr neue Lehrkräfte zu gewinnen. Mit dem „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ habe man kurzfristige Maßnahmen ergriffen, für die es nicht nur Lob von allen Seiten gebe. (Wüst nannte hier die Aufstockung von Teilzeit und die Abordnung von Lehrkräften aus gut versorgten in unterversorgte Regionen: „Da muss

das Privatleben umorganisiert werden ... Ich weiß das ...“. Auch dafür bedankte sich der Ministerpräsident).

Ziel seien 10.000 zusätzliche Lehrkräfte bis 2027, daran werde mit Hochdruck gearbeitet. Allein zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 seien über 3.900 zusätzliche Menschen an die Schulen gekommen, lobte Wüst. Dabei betonte er, dass es sich aber nicht um die Schaffung von 3.900 neuen Stellen handele, sondern um Personen wie Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter oder Alltagshelfer.

Es gehe auch darum, den Lehrerberuf attraktiver zu machen und Prioritäten zu setzen, so Wüst. Man habe zu Beginn dieser Wahlperiode daher entschieden, die Lehrkräfte an Grundschulen und an der Sekundarstufe I genauso zu bezahlen, wie alle anderen Lehrer (900 Millionen Euro, „die teuerste Entscheidung, die meine Landesregierung in dieser Wahlperiode getroffen hat und treffen wird, denn langsam geht uns das Geld aus ...“).

Zum Abschluss der Eröffnungsfeier sangen die Lucky Kids noch einmal „Kann mich irgendjemand hören?“ und „An Tagen wie diesen“ von den Toten Hosen. Als Zugabe brachte der Kinderchor das kölsche Hühner-Original „Die schönste Stroß“.



QR-Code scannen und gesamte Eröffnungszeremonie online anschauen

Gemeinsamer Stand VDR und lehrer nrw bot viele Möglichkeiten zum Austausch

VDR und lehrer nrw waren in Köln vor Ort, um sich über die neuesten Bildungstrends zu informieren und sich mit Akteuren aus Bildung, Politik und Wirtschaft zu vernetzen. Dazu bot der Gemeinschaftsstand des Verbandes Deutscher Realschullehrer und lehrer nrw zahlreiche Gelegenheiten. Neben dem persönlichen Austausch mit Lehrerinnen und Lehrern aus ganz Deutschland und den Partnern aus den Organisationen der Bildungswirtschaft bestand dort die Möglichkeit, die Verbandsarbeit und unsere bildungspolitischen Ziele direkt an Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu adressieren. Ein intensiver, regelmäßiger und konstruktiver Dialog schafft Vertrauen und führt dazu, gemeinsam die Rahmenbedin-



Interview mit den Tagesthemen

gungen für Bildung kontinuierlich zu verbessern.

So begrüßte der VDR-Vorsitzende Ralf Neugschwender zusammen mit dem Vorsitzenden von lehrer nrw und stellvertretenden VDR-Vorsitzenden Sven Christoffer sowie der stellvertretenden Vorsitzenden von lehrer nrw sowie Mitglied im Bundesvorstand des VDR Sarah Wanders, die Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dorothee Feller, um mit ihr über aktuelle Themen wie Demokratieerziehung, Unterrichtsversorgung oder Gewalt an Schulen zu sprechen. Auch Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (bda), und Dr. Donata Kluxen-Pyta, stellvertretende Abteilungsleiterin Bildung der bda, besuchten den Stand des VDR/lehrer nrw. Gesprächsthemen waren u.a. die Verankerung der Berufsorientierung im Schulprofil der Realschulen und deren langjährige und enge Verbindungen zur regionalen Wirtschaft, die gute Übergänge in die berufliche Bildung ermöglichen. Wie die Zusammenarbeit im Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT noch weiter verbessert werden kann, an welchen Stellschrauben in der Lehrerbildung gedreht werden muss und welche Rahmenbedingungen an den Schulen vor Ort notwendig sind, waren weitere Themen des Gesprächs. VDR-Vorsitzender Neugschwender: „Ein positiver Leistungsbegriff, hohe Qualität und ein differenziertes Bildungssystem sind die Basis dafür, dass



Andreas Hofmann von mobile schule und Ralf Neugschwender

Deutschland auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich sein wird.“

VDR war in vielen Panels vertreten

Im Panel „Gute Berufsorientierung – SCHULEWIRTSCHAFT als Problemlöser“ im Forum didacta aktuell legte Neugschwender dar, dass Berufsorientierung keine Zusatzaufgabe an Schulen sein dürfe, sondern ein fester Bestandteil im Profil der Schule sein müsse, das alle Unterrichtsfächer betrifft. Den passenden Beruf zu finden, müsse auch vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs eine bewusste Entscheidung der Jugendlichen sein. Mit dem Berufswahlsiegel von SCHULEWIRTSCHAFT gebe es einen guten Kriterienkatalog, der den Schulen Leitlinien für eine zielführende Berufsorientierung biete, so Neugschwender in der Diskussion mit Thomas Schenk (Schulseitiger Vorsitzender, SCHULEWIRTSCHAFT), Gerrit Häcker (Gründer und Geschäftsführer der Häcker Automation und ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Seebach im Wartburgkreis), Florian Spieß (Abteilung Integration/Berufsvorbereitung), Rosemarie Winklmann (Abteilungsleitung Integration/Berufsvorbereitung) und Kate Maleike (Moderation).

Zudem nahm Neugschwender an weiteren Podiumsdiskussionen teil. Im Forum didacta aktuell wurde das Thema „Arbeitsplatz Schule: Queraufstieg oder Traumberuf – Hat der Lehrberuf ein Imageproblem?“ diskutiert. Verschiedentlich sei Neugschwender zufolge die Zufriedenheit im Be-

ruf an der Schule vor Ort noch nicht so wie sie sein könnte und es gebe folglich einige Stellschrauben zu bewegen. Entscheidend seien dabei Leadership und Schulleitung. „Wir müssen Betroffene zu Beteiligten machen. Wertschätzung und individuelle Perspektiven im Schulsystem tragen dazu bei, dass Kolleginnen und Kollegen Freude haben, Verantwortung zu übernehmen und Schulentwicklung aktiv mitzugestalten. Dazu kommen natürlich immer auch Rahmenbedingungen, die den Beruf und Aufstiegsbedingungen attraktiv machen“, betonte der VDR-Vorsitzende in der Diskussion mit Dr. Christian Büttner (Bündnis für Bildung), Thomas C. Ferber (Richsbergschule – Gesamtschule Marburg) und Isabell Probst (Probst Laufbahn & Business Coaching GmbH).

Sven Christoffer, Vorsitzender von lehrer nrw und stv. Vorsitzender des VDR, diskutierte im Forum Bildungsperspektiven zum Thema: „Quereinstieg ist (k)eine Lösung? Fachkräftemangel in der Schule“ und Sarah Wanders, VDR-Vorstandsmitglied und stellvertretende Vorsitzende von lehrer nrw, war im Forum Schulpraxis über „Gewalt an Schulen – Wenn Lehrkräfte zur Zielscheibe werden“ auf dem Podium (ab Seite 12). Auf der Bühne der mobilen Schule ging es für Neugschwender im Gespräch mit Kolja Brandstedt um verschiedene Themen der aktuellen Bildungs- und Schulpolitik.

VDR in den Tagesthemen

Im Interview mit den Tagesthemen sprach sich der VDR-Vorsitzende dafür aus, dass Erklärvideos von Bildungsinfluencern wie Daniel Jung oder Bob Blume auch im Unterricht ihren Platz haben können. Klar sei aber, dass die so genannten „Netzlehrer“ die Lehrkraft nicht ersetzen kann, da es wichtig sei, dass Schülerinnen und Schüler auch immer die Möglichkeit brauchen, gezielt bei der Lehrkraft als direkter Bezugsperson Nachfragen oder Verständnisfragen zu stellen. Neugschwender machte aber deutlich, dass die Integration von Erklärvideos in den Unterricht die Lebenswelt der Jugendlichen

aufnimmt und es so auch eine Wertschätzung der Schülerinnen und Schüler darstellt.

Wirtschafts- und Finanzbildung stand ebenfalls im Fokus

Rund um das Thema Ökonomische Bildung veranstaltete das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) insgesamt vier gut besuchte Podiumsdiskussionen. Im Forum Schulpraxis fand zum Beispiel das Panel „Gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit – warum der Equal Pay Day in den Stundenplan gehört“ statt. Dort wurden Ursachen und Lösungen für den Gender Pay Gap diskutiert und die diesjährige Equal Pay Day Kampagne vorgestellt, die unter dem Motto „Höchste Zeit für equal pay“ den Zusammenhang von Geld und Zeit in den Fokus rückt.

Im Rahmen des Panels „10 Jahre Finanzbildung an Schulen“ ging VDR- und BÖB-Vorstandsmitglied Waltraud Eder gemeinsam mit Dr. Johanna Börsch-Supan (Abteilungsleiterin für Allgemeine und berufliche Bildung im Bundesministerium für Bildung und Forschung), Sebastian Richter (Geschäftsführer der finlit foundation gGmbH), Jacob Risse (Leiter des funnymoney-Teams und Gründungsmitglied der Deutsche Gesellschaft für Finanzkompetenz DeGeFin eG) und Verena von Hugo, (Moderation, Vorsitzende des Vorstands im Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e.V.) unter anderem den folgenden Fragen nach: Was konnte man retrospektiv aus 10 Jahren Finanzbildung in Schulen lernen? Was haben wir bisher erreicht und was ist der Status quo aus einer multiperspektivischen Betrachtungsweise? Welche Perspektiven gibt es für ein Schulfach „Wirtschaft/Finanzbildung“? Was sind die Ziele der von Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für Bildung und Forschung ins Leben gerufenen Initiative Finanzielle Bildung einschließlich der Nationalen Finanzbildungsstrategie?

Insgesamt bot die didacta wieder zahlreiche Gelegenheiten für gute Gespräche, Vernetzung und wertvolle Bildungsimpulse. Im kommenden Jahr findet die didacta Bildungsmesse in Stuttgart statt.

Dr. David Wawrzinek und Ralf Neugschwender



Der Beitrag vom 20.02.2024 kann hier ab Minute 25.45 angeschaut werden.



Bild oben links: Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger bei ihrem digitalen Grußwort bei der Eröffnungsveranstaltung der Didacta Bildungsmesse – **oben rechts:** Gut besucht: Auf dem Gemeinschaftsstand von lehrer nrw und VDR in Halle 7 entwickelten sich viele Kontakte und Gespräche. – **unten links:** Auch NRW-Schulministerin Dorothee Feller (m.) gehörte zu den Standbesucherinnen und nutzte die Gelegenheit zum Austausch mit dem VDR-Bundesvorsitzenden Ralf Neugschwender und VDR-Bundesvorstandsmitglied Sarah Wanders. – **unten rechts:** Bitte lächeln: Vor der Fotobox entstanden witzige Selfies der etwas anderen Art

Starker Auftritt auf der didacta

lehrer nrw und der VDR zeigten gemeinsam und sehr erfolgreich Präsenz auf der wichtigsten Bildungsmesse Europas. Gleich auf mehreren Panels und Foren war der Vorstand des VDR als Gesprächspartner und Diskussionsteilnehmer vertreten und konnte auf diese Weise eindrucksvoll die Ideen des Verbands in die bildungspolitischen Gespräche einbringen zu Themen wie Lehrermangel, die Attraktivität des Lehrberufs, Quereinstieg, Finanzbildung oder KI an Schulen.

Mehrere Neumitglieder geworben

Die didacta lockte wieder zehntausende Fachbesucher in die Kölner Messehallen – und nicht wenige an den Stand von lehrer nrw und dem Dachverband VDR in Halle 7. Dort ergaben sich viele gute Gespräche mit angehenden oder aktiven Lehrkräften, die vom Team um die beiden Chef-Organisatoren Thorsten Schmalt und Marcel Werner bestens betreut und beraten wurden. Nicht von ungefähr entschieden sich mehrere Standbesucher noch vor Ort für einen Verbandseintritt. Für Spaß und gute Laune sorgte die Fotobox, an der viele witzige Selfies der etwas anderen Art entstanden. Prominentester Gast auf dem Stand war NRW-Schulministerin Dorothee Feller, die sich angeregt mit dem

lehrer nrw-Vorsitzenden Sven Christoffer und seiner Stellvertreterin Sarah Wanders sowie mit dem VDR-Bundesvorsitzenden Ralf Neugschwender austauschte.

Positives Fazit

„Für uns war es eine sehr erfolgreiche Messe. Wir hatten einen regen, fruchtbaren Austausch mit vielen Kolleginnen und Kollegen und konnten einerseits viele Anregungen für die verbandliche Arbeit mitnehmen, andererseits aber auch eigene Themen und Schwerpunkte vermitteln. Äußerst positiv waren auch zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft, bei denen wir bestehende Kontakte pflegen und neue knüpfen konnten“, resümierte Christoffer. Auch Neugschwender zog ein positives

Fazit: „Passend zum Motto der didacta ‘Bildung mit Zukunft – Jetzt gestalten!’, konnte ich in vielen Gesprächen mit Ausstellern, in den fachlichen Panels, aber auch bei den meisten Besucherinnen und Besuchern viel Aufbruchstimmung spüren. Gut so! Es braucht einen positiven Blick auf Schule und Bildung, ohne die vorhandenen Baustellen kleinzureden. Für mich wie den VDR geht es um das Gestalten, wie es das diesjährige Motto der didacta auch beschreibt“, so der VDR-Bundesvorsitzende. Beispielsweise gab es einen fruchtbaren Austausch mit Vertreterinnen des Bundesvereinigungen der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDA über ein Positionspapier des BDA zum Thema „Gute Lehrkräfte bilden Zukunft. Zehn Empfehlungen zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften“. Neben der Lehrerbildung ging es um die Verbesserung der Berufsorientierung an Schulen, hierbei insbesondere um die Stärken, die das Netzwerk „SCHULEWIRTSCHAFT“ bietet. Beispielhaft für eine gelungene Berufsorientierung an der Schule steht das Berufswahlsiegel, das in allen Bundesländern vergeben wird.



Im Gespräch (v.l.): VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender, Dr. Donata Kluxen-Pyta (stv. Abteilungsleiterin Bildung, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDA), Christina Ramb (Mitglied der Hauptgeschäftsführung, BDA), lehrer nrw-Vorsitzender Sven Christoffer, stv. lehrer nrw-Vorsitzende Sarah Wanders



VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender auf dem Forum didacta aktuell zum Thema „Gute Berufsorientierung – SCHULEWIRTSCHAFT als Problemlöser“



VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender auf dem Forum didacta aktuell zum Thema „Arbeitsplatz Schule: Querausstieg oder Traumberuf – Hat der Lehrberuf ein Imageproblem?“

„Herzlich danken möchte ich den Kolleginnen und Kollegen von lehrer nrw, die einen Super-Messestand organisiert und betreut haben. So konnten wir viele unserer Themen an den Mann oder die Frau bringen. Mein Dank gilt auch dem dbb Verlag, der uns den Stand zur Verfügung gestellt hat“, sagte Neugschwender.

Auch inhaltlich hatten lehrer nrw und der VDR einiges zu einer erfolgreichen didacta beizutragen: Im Fachprogramm bestimmten mehrere Verbandsvertreterinnen und -vertreter auf gut besuchten Foren die Diskussionen auf der Leitmesse mit.

FORUM SCHULPRAXIS

Gewalt gegen Lehrkräfte: Null-Toleranz-Politik gefordert

Im Forum Schulpraxis sprachen VDR-Bundesvorstandsmitglied Sarah Wanders und die lehrer nrw-Bezirksvorsitzende Astrid Pradella (Detmold) über „Gewalt an Schulen – Wenn Lehrkräfte zur Zielscheibe werden“. Beide machten mehr als deutlich, dass die Hemmschwelle für verbale und körperliche Gewalt gegen Lehrkräfte und Schulpersonal bedenklich gesunken

sei. Schon der verbale Umgang habe ein Level erreicht, das nicht mehr vertretbar sei. Rassistische und/oder sexistische Beleidigungen unter Schülern, aber auch gegenüber Lehrkräften seien inzwischen vielerorts an der Tagesordnung. „Es beginnt mit verbaler Gewalt, und danach folgen körperliche Übergriffe auf Kolleginnen und Kollegen. Hier muss entschieden gehandelt werden“, forderte Sarah Wanders.

Respekt und Distanz gegenüber Lehrerinnen und Lehrern seien von Seiten vieler Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern nicht mehr gegeben, ergänzte Astrid Pradella: „Gerade Eltern treten oftmals sehr aggressiv auf. An meiner Schule haben wir einigen Eltern Hausverbot erteilt, weil sie Lehrkräfte bedroht haben.“ Wanders, Pradella und auch einige andere Schulvertreter auf dem Podium berichteten von erschütternden Gewaltvorfällen an Schulen in Nordrhein-Westfalen. Nicht minder erschütternd ist aber, dass die Betroffenen oft kaum Rückendeckung erhalten – entweder, weil die Schulbehörden entsprechenden Vorfällen nicht ent-

schlossen nachgehen oder weil manche Schulleitungen aus Sorge um den Ruf ihrer Schule vor harten Konsequenzen zurückschrecken. „Lehrkräfte werden zum ersten Mal traumatisiert, wenn sie Gewalt erfahren, und zum zweiten Mal, wenn sie erleben müssen, dass sie damit allein gelassen werden“, brachte es Wanders auf den Punkt. Im konkreten Fall hatte ein Schüler massive Gewalt gegen eine Lehrerin ausgeübt. Da ein Schulverweis in NRW aber an sehr hohe Hürden geknüpft sei, musste sich letzten Endes die Lehrerin versetzen lassen, weil sie es nicht ertrug, tagtäglich dem Menschen zu begegnen, der ihr das angetan hatte.

Sowohl Wanders als auch Pradella forderten vehement mehr Rückendeckung durch den Dienstherrn ein. Es müsse eine Null-Toleranz-Politik gelten. Jeder Angriff auf Einzelne müsse immer auch als Angriff auf die gesamte Schulgemeinde begriffen und klar sanktioniert werden. Um Gewalt an Schulen und insbesondere Gewalt gegen Schulpersonal wirksam einzudämmen, bedürfe es einer gemeinsamen Kraftan-



Links: Podiumsdiskussion zum Thema Gewalt an Schulen (v.l.): Astrid Pradella (Lehrer nrw), Sarah Wanders (VDR/Lehrer nrw), Andreas Schlee (VBE), Hinrich Pich (Landeselternkonferenz NRW), Dr. Meltem Avci-Werning (BDP Verband) und Moderator Dr. Jan Hofer – **rechts:** Quereinstieg ist (k)eine Lösung: Podiumsdiskussion mit (v.l.) Sven Christoffer (VDR/Lehrer nrw), Erik Grundmann (Schulleiter Weibelfeldschule Dreieich), Kerstin Weitmann (Uni Frankfurt), Kirsten Riedl (Quereinsteigerin Weibelfeldschule Dreieich) und Moderator Dr. Matthias Degen



Links: Diskutierte zum Thema Quereinstieg: Sven Christoffer – **Mitte:** Engagierte Diskutantin: Astrid Pradella – **rechts:** Kämpferischer Auftritt: Sarah Wanders



Fachexperten diskutierten über zehn Jahre Finanzbildung an Schulen und deren Entwicklung

strenge aller am Schulleben Beteiligten, so Wanders: „Gewaltfreies, ruhiges Lernen in einer respektvollen Lernatmosphäre ist das A und O.“

FORUM BILDUNGSPERSPEKTIVEN
Quereinstieg: Ja, aber...

Der stellvertretende VDR-Bundesvorsitzende Sven Christoffer diskutierte im Forum Bildungsperspektiven zum Thema „Quereinstieg ist (k)eine Lösung? Fachkräftemangel in der Schule“. Er betonte, dass der aktuelle Lehrkräftemangel ohne Seiten- und Quereinsteiger nicht in den Griff zu bekommen sei. Schon jetzt seien rund 15 Prozent der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen Quer- oder Seiteneinsteiger.

Eine davon ist Kirsten Riedl, die eine Führungsposition in einer Werbeagentur aufgegeben hat und nun leidenschaftliche Lehrerin an der Weibelfeldschule im hessischen Dreieich ist und auf dem Podium von ihren Erfahrungen berichtete. Ihr Beispiel zeige, dass Quer- und Seiteneinsteiger eine Bereicherung seien, weil sie viel Kreativität und eine andere Lebens- und Berufserfahrung einbrächten, so Christoffer. Leider stoße die pädagogische

Freiheit in der Praxis oft an Grenzen, weil Lehrkräfte im PISA-Zeitalter durch starre Vorgaben und Standardisierungen gegängelt würden, kritisierte Christoffer.

Mit Blick auf die Bildungsqualität ist es aus seiner Sicht entscheidend, Quer- und Seiteneinsteiger fundiert zu qualifizieren. Außerdem bräuchten diese Kolleginnen und Kollegen auch Perspektiven, etwa im Hinblick auf Aufstiegschancen.

Jochen Smets

FORUM FINANZBILDUNG
Finanzbildung in der Schule

In diesem Punkt waren sich alle einig: Den Umgang mit Geld können Kinder bereits in einem frühen Alter lernen. Auf dem didacta-Panel schilderte Sebastian Richter die Erfahrungen seines Teams mit ManoMoneta in Grundschulen. Dass das Interesse auch bei Jugendlichen groß ist, bestätigte Jacob Risse. Er bietet mit FunnyMoney Finanzbildung für Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen an. Darüber hinaus arbeitet die Initiative mit Auszubildenden und Studierenden. Auch im regulären Unterricht kann Finanzbildung ihren Platz finden, wie Waltraud Eder, Mitglied des Vorstands des VDR, erläuterte.

Egal, ob es darum geht, ein Konto zu eröffnen, einen Handyvertrag abzuschließen oder Geld zu sparen oder anzulegen. Finanzielle Bildung spielt in jeder Lebensphase eine Rolle. Sie hilft, Risiken zu vermeiden, sich finanziell gut aufzustellen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Mit der Initiative Finanzielle Bildung greifen das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Bundesfinanzministerium dieses zentrale Thema auf. Ziel ist es, die finanzielle Allgemeinbildung der Bürgerinnen und Bürger unter anderem durch eine nationale Finanzbildungsstrategie zu verbessern. Dr. Johanna Börsch-Supan, Abteilungsleiterin für Allgemeine und berufliche Bildung im Bundesministerium für Bildung und Forschung, stellte sich auf dem Panel den Fragen der Moderatorin Verena von Hugo. Dabei ging es auch um die Frage, wie Schulen in die Strategie eingebunden werden können. Das BMF unterstützt die jährlich stattfindende OECD-Kampagne der Global Money Week Germany 2024 und hat die Schirmherrschaft übernommen. Ein wichtiges und richtiges Zeichen!

Waltraud Eder

Fotos: Jochen Smets

23

FRAGEN AN DR. THEODOR NIEHAUS



Foto: Thomas B. Jones

1

1. Herr Dr. Niehaus, vor vier Jahren haben wir Sie zuletzt, damals als neuen Präsidenten des Didacta Verbandes der Bildungswirtschaft befragt. Damals sind Sie auf die Digitalisierung und die zunehmend heterogene Gesellschaft als Herausforderungen eingegangen. Sind diese Schwerpunkte immer noch aktuell oder sehen Sie eine Verschiebung?

Ja, ich denke diese Punkte gehören weiterhin zu den größten Herausforderungen in der schulischen Bildung und der gesamten Gesellschaft. Gleichzeitig bieten sich auch große Potentiale: Digitale Tools können Lernen und Lehren individueller und zielgerichteter gestalten. Durch vereinfachte Kommunikation und administrative Unterstützung sparen Lehrkräfte Zeit, die sie wiederum für individuelle Förderung der zunehmend heterogenen Schülerschaft verwenden können. Insofern trägt die Digitalisierung langfristig auch dazu bei, die Belastung der Lehrkräfte zu mildern.

Dass die Heterogenität der Gesellschaft weiterhin ein zentrales Thema in der Bildung ist, zeigt das Startchancen-Programm, das ab dem kommenden Schuljahr Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder unterstützt.

Weitere Themen, denen wir uns annehmen müssen, sind KI, der Lehrkräftemangel und die Stärkung der Frühen Bildung, um den Kindern schon vor Schulbeginn Chancengleichheit zu ermöglichen.

2. Die diesjährige didacta steht unter dem Motto „Bildung mit Zukunft – Jetzt gestalten!“ Welche Botschaft wollen Sie damit setzen? Und welche Highlights erwarten den Besucher in Köln?

Es gibt viel zu tun im deutschen Bildungssystem. Wir alle – Politik, Länder und Kommunen, Schulträger, Lehrkräfte und Pädago-

gen, Wissenschaft, Bildungswirtschaft, Stiftungen und Verbände sowie Schülerinnen und Schüler und deren Eltern – können aber dazu beitragen, Veränderungen herbeizuführen. Es gilt, die unterschiedlichen Perspektiven einzunehmen und gemeinsam die beste Lösung zu finden. In diesen Zeiten des Umbruchs kommen wir nur zusammen weiter. Die didacta – die Bildungsmesse ist die Plattform für diesen zentralen Austausch.

Wir als Verband und ideeller Träger der didacta – die Bildungsmesse versammeln jedes Jahr alle Player der Bildungsbranche. Sie können sich nicht nur über neue Produkte und Lösungen informieren, sondern in über 1.500 Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops weiterbilden und so aktiv zur Veränderung beitragen.

Die drängendsten Themen sind Versprechen Ganztag, Fachkräftemangel, Energiewende, Demokratiebildung und die Gestaltung neuer Lernräume. Zu jedem Thema gibt es mehrere Veranstaltungen, so dass man nicht von einzelnen Highlights sprechen kann.

3. Herr Dr. Niehaus, als ehemaliger Realschüler haben Sie den sogenannten zweiten, vielleicht sogar dritten Bildungsweg beschritten. Welche Erfahrungen nehmen Sie aus dieser Zeit Ihres Lebenslaufes mit?

Richtig, ich habe die Realschule in 5. und 6. Klasse besucht und diese Schulform sehr geschätzt, weil auch Kompetenzen vermittelt, die stärker auf aktuelle Lebensbereiche ausgerichtet sind. Genau das brauchen wir auch in heutiger Zeit, um Schülerinnen und Schüler das beste Rüstzeug zu geben für Zukunftsjobs, die wir heute noch gar nicht kennen.

Die Fragen stellte Waltraud Eder

Starke süddeutsche Realschulallianz

Gemeinsame Konferenz der Landesverbände brlv, RLV-BW und VDL in Ulm

Am Mittwoch, den 19. Oktober versammelten sich die Mitglieder der Landesverbände des Bayerischen Realschullehrerverbands (brlv), des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg (RLV-BW) und des Verbands der Lehrer Hessen (VDL) zu einer gemeinsamen Tagung in der IHK Ulm, der an dieser Stelle ein herzlicher Dank für die Bereitstellung der Tagungsräumlichkeiten gilt.

Bayern und Hessen haben gewählt. Das Thema der Bildung stand im Landtagswahlkampf dabei nicht so sehr im Fokus wie bei vergangenen Wahlen, was der brlv-Vorsitzende Ulrich Babl unmittelbar nach Bekanntwerden der bayerischen Wahlergebnisse deutlich in einem Pressestatement kritisierte: „Bildung hat in diesem Wahlkampf leider nur eine untergeordnete Rolle gespielt, was angesichts ihrer Bedeutung für die demokratische Zukunft Bayerns zutiefst bedauerlich ist.“

In der politischen Auseinandersetzung ging es vielmehr um Energieversorgung, Migration oder die Wohnungssituation. Umso wichtiger erschien es in diesem Zusammenhang daher, sich gemeinsam stark zu machen für die Schulart Realschule und für attraktive Arbeitsbedingungen. Die Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen in Bayern zeigten sehr deutlich, dass so einige Ideen, die im Raum stehen/standen, so für den brlv nicht akzeptabel sind/waren. (Anmerkung des Autors: Zum Zeitpunkt der Konferenz waren die Inhalte des Koalitionsvertrags von CSU und Freien Wählern noch nicht bekannt.)

Inmitten der Koalitionsverhandlungen in Bayern (und Hessen) fand also anstatt des üblichen Formats des Süddeutschen Realschultags, den bisher brlv, Realschullehrerverband Baden

Württemberg und der Verband Deutscher Realschullehrer als Bundesverband ausgerichtet haben, in diesem Jahr eine Konferenz der Landesverbände aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen statt. So konnte der brlv seine Vorstellungen möglichst öffentlichkeitswirksam und breit einbringen. Dabei trafen in erster Linie die Landesverbände aufeinander, um eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten, die der Politik eine Leitschnur geben soll, um unsere Vorstellungen idealerweise in Koalitionsverträgen abzubilden. Die Erfahrungen, die Baden-Württemberg nach zwölf Jahren grüner Bildungspolitik gemacht hat, waren dabei von besonderem Wert und können uns ein warnendes Negativ-Beispiel sein, wenn es darum geht, Leistung und Bildungsqualität weiterhin zu sichern. Im letzten Bildungsmonitor der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) vom August 2023 hat das „Ländle“ im Vergleich zu den Werten des Bildungsmonitors 2013 von allen Bundesländern am meisten Punkte verloren.

Ganz oben auf der Agenda der Konferenz stand der Erhalt der Bildungsqualität und eine starke Realschulbildung in allen drei Bundesländern. Eröffnet wurde die Tagung mit einer Begrüßung durch die Hauptgeschäftsführerin der IHK Ulm, Petra Engstler-Karrasch, die die Unverzichtbarkeit der Realschulbil-



brlv-Pressesprecher Dr. David Wawrzinek begrüßte die Gäste und moderierte die Veranstaltung



Die Hauptgeschäftsführerin der IHK Ulm, Petra Engstler-Karrasch

derung für die duale Berufsausbildung und die Bekämpfung des Fachkräftemangels betonte.

Die gute und bewährte Partnerschaft zwischen den IHKs und Realschulen hob im Anschluss auch der Landesvorsitzende des brlv, Ulrich Babl, in seinem Grußwort hervor und sprach dabei von einem „perfect match“. Babl verwies auch auf die wichtige Bedeutung der Allianz aus brlv, RLV-BW und VDL und schilderte die aktuelle bildungspolitische Situation in Bayern sowie die Erwartungen des brlv an die neue Staatsregierung unmittelbar nach den Landtagswahlen.

Nach den Grußworten der RLV-Vorsitzenden Dr. Karin Brozsat und dem VDL-Vorsitzenden Jörg Leinberger stellte Lisa Biermann, Teamleiterin Bildungsmarketing und Ansprechpartnerin Realschulen bei der IHK Ulm Unterstützungsangebote der IHK Ulm vor und präsentierte konkrete Maßnahmen, wie die IHK Ulm bei der Berufsorientierung an der Realschule unterstützen kann.

Ob Kompetenzcheck, die IHK-Lehrstellenbörse, Ausbildungsmessen, Praktikumsangebote, Elternabende und Events wie der „Girl's Day“ oder die „Nacht der Ausbildung“ – die IHK bietet zahlreiche Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler und deren Eltern bei der Berufsorientierung.

Aber auch Schulen und Lehrkräfte können auf die vielfältigen Angebote der IHK Ulm zurückgreifen, zum Beispiel das Berufswahl-SIEGEL Baden-Württemberg für berufsorientierte Schulen (BoriS), Fachtagungen zum Beispiel zum Thema KI in der Bildung oder der Berufe-Marktplatz, der Einblicke in die Welt der MINT-Ausbildungsberufe gewährt.

Einen weiteren Schwerpunkt bei der Berufsorientierung bildet das Zusammenbringen von Schule und Wirtschaft in Form von Bildungspartnerschaften, Veranstaltungen an Schulen (z.B. Vorstellungs- und Speed-Dating-Runden), die „Initiative AusbildungsbotschafterInnen“, der IHK-Businessplanwettbewerb für Azubis oder Betriebsbesichtigungen. Weitere Infos zu den Berufsorientierungsangeboten der IHK Ulm: www.ihk.de/ulm



brlv-Landesvorsitzender Ulrich Babl

Nach Lisa Biermanns Präsentation kündigte der Pressesprecher des brlv und Moderator der Veranstaltung, Dr. David Wawrzinek, den mit Spannung erwarteten Vortrag von Prof. Dr. Hartmut Esser an. „Geht es um unser Bildungssystem, wird es sehr schnell sehr emotional – immer wieder einfachen hitzige Strukturdebatten die Gemüter, zum Beispiel wenn wieder eine neue Studie den Bildungsstand der Schülerinnen und Schüler erhoben hat und ein kurzer medialer Aufschrei durch Politik und Medien geht, der dann abrupt wieder verhallt und untergeht zwischen neuen schnellen Schlagzeilen und Ereignissen, bis zum nächsten Bildungsmonitor oder Bildungstrend, deren knapp formulierte Zusammenfassung für ungeduldige Pressevertreter mit Tabellen, bunten Balken und Kuchendiagrammen Verschlechterungen und/oder Verbesserungen der Leistungen in den einzelnen Bundesländern visualisiert“, so Wawrzinek, der zu einigen biografischen und beruflichen Stationen von Professor Esser überleitete: „Wo liegen die Ursachen für unsere Bildungskrise und wie lösen wir diese? Wie methodisch sauber sind denn eigentlich die großen Bildungsstudien unserer Zeit und wie müssen wir die erhobenen Daten interpretieren? Stringente Differenzierung oder offene Regelungen? Verbindliche Übergangsempfehlung und Noten: ja, nein, jein? Was tun oder eben nicht tun für mehr Bildungsqualität und Gerechtigkeit und weniger Bildungsarmut?“ →



RLV-Vorsitzende Dr. Karin Brozsat



VDL-Vorsitzender Jörg Leinberger



Prof. Dr. Hartmut Esser präsentierte Erkenntnisse rund um die Leistungsdifferenzierung

Der anschließende Vortrag von Professor Esser trug den Titel „Falsch abgebogen. Irrwege und Sackgassen der Diskussion um die Leistungsdifferenzierung“ – passend dazu hat uns Professor Esser dankenswerterweise einen wissenschaftlich fundierten und faktenbasierten Beitrag zur Verfügung gestellt. Ab Seite 20 erfahren Sie unter anderem, was der „traurige Smiley“ mit Bildung in Deutschland zu tun hat und welche Erkenntnisse zu den tatsächlichen Effekten von Differenzierung und Integration vorliegen.

Resolution mit Bildungsforderungen

Am Nachmittag der gemeinsamen Konferenz in Ulm haben die drei Realschulverbände einstimmig eine Resolution (Seite 19) mit konkreten Bildungsforderungen beschlossen, die im Anschluss auch an die Presse verschickt und von dieser aufgegriffen wurde. Alle Verbände plädieren für den Erhalt der Bildungsqualität im differenzierten Schulwesen und für eine Stärkung der für Industrie und Handwerk unverzichtbaren Realschulbildung in allen drei Bundesländern.

In der brlv-Pressmitteilung kritisierte Landesvorsitzender Babl, dass im bayerischen Landtagswahlkampf das Thema der Bildung bedauerlicherweise nur ein Nebenschauplatz gewesen sei. Babl weiter: „Umso wichtiger ist es daher, dass wir uns als Bayerischer Realschullehrerverband gemeinsam mit unseren Freunden aus Baden-Württemberg und Hessen entschlossen für die Schulart Realschule, den Erhalt der Bildungsqualität und für attraktive Arbeitsbedingungen einsetzen. Knapp die Hälfte in der Industrie und rund



ein Drittel der jungen Menschen in der dualen Berufsausbildung im Handwerk kommen über die Schulart Realschule. Die Realschule ist ein unverzichtbarer Teil des Wirtschaftsstandorts Bayern. Eine Schwächung dieser Schulart – sei es durch die Infragestellung des differenzierten Bildungswesens oder durch Pläne zur Vereinheitlichung und Entfachlichung der Lehrerbildung – lehnen wir in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen geschlossen und entschlossen ab! Angesichts des schrecklichen Kriegs in Israel und dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland, dürfen wir zudem nicht wegsehen, sondern müssen hier ganz klar Haltung zeigen! Wir fordern deshalb die Stärkung und den Ausbau von Maßnahmen zur Demokratiebildung an allen Schularten.“

Dr. David Wawrzinek



Lisa Biermann von der IHK Ulm erläutert die IHK-Angebote für die Zielgruppen (siehe Schaubild oben)

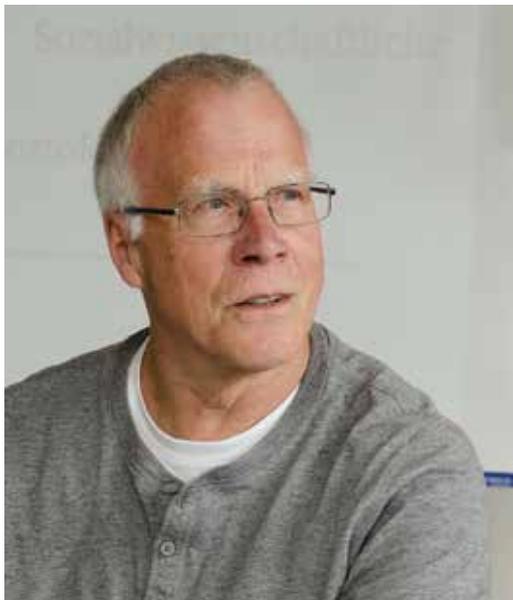


Einstimmig beschlossene Sache: Die Resolution von brlv, RLV und VDL

Gemeinsame Resolution der Realschul-Landesverbände aus Bayern (brlv), Baden-Württemberg (RLV) und Hessen (VDL)

Der Bayerische Realschullehrerverband (brlv), der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) und der Verband der Lehrer Hessen (VDL) fordern:

- Die unbedingte Beibehaltung/Wiedereinführung eines leistungsorientierten, differenzierten und begabungsgerechten Bildungswesens.
- Die Beibehaltung von profilierten eigenständigen Schularten, die zu differenzierten Schulabschlüssen (Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Abitur) führen und den Weg in eine qualitativ anspruchsvolle Berufsausbildung bis hin zur Hochschulbildung eröffnen.
- Dass der Übertritt von der Grundschule an die weiterführenden Schularten auf Basis einer verbindlichen Grundschulempfehlung erfolgt, die das einzelne Kind umfassend betrachtet und der gleichzeitig mit Leistungskriterien unterlegt ist. Die Landesverbände erkennen darin die beste Voraussetzung, Kinder an der weiterführenden Schule entsprechend ihrer Begabungen und Leistungsmöglichkeiten optimal zu fordern und zu fördern.
- Die massive Stärkung des Lehrberufs durch Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen: Reduzierung der Arbeitsbelastung zur Fokussierung auf das Kerngeschäft der Erziehung und Wissensvermittlung, Abbau von Verwaltung und Bürokratie und eine bessere Besoldung sowie Ausbau der Unterstützung durch Externe für nicht pädagogische Tätigkeiten und die Beibehaltung/Wiedereinführung schulartspezifischer Studiengänge sowie die Schaffung/den Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten im Haupt- und Realschulbereich.
- Langfristige und gut durchdachte Planung des Bedarfs von Lehrkräften an allen Schularten und sinnvolle, junge Menschen ansprechende Nachwuchsgewinnungskampagnen.
- Die politische Bildung an Schulen zu stärken, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung weiter zu festigen und die Vorzüge unserer Demokratie sichtbar zu machen.
- Den Erhalt und Ausbau von mobilen und integrierten Lehrerreserven, um kurzfristig auf Ausfälle reagieren zu können.
- Bessere Möglichkeiten und mehr Unterstützung bei der Gewinnung qualifizierter und versierter Lehrkräfte über den Quereinstieg.
- Eine deutliche Steigerung der Attraktivität von Schulleitungsstellen.
- Die Unterstellung jeglichen an der Schule tätigen Personals der Weisungshoheit der Schulleitung.
- Ein Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung, die sich in Zuweisung von Personal- und Sachmitteln widerspiegeln muss. Die Berufsorientierung muss dabei wie bisher im Fokus der Schularten der mittleren Bildung stehen und im Profil klar verankert sein. Die Förderung handwerklicher Tätigkeiten (Werken, Basteln, Handarbeiten) sollte auch bereits in der Grundschule stärker verankert werden. Die duale Ausbildung ist für alle drei Landesverbände ein wichtiger Standortfaktor. Der hohe Fachkräftebedarf in Handwerk, Industrie und Verwaltung wird vor allem aus den Schularten der Realschulbildung gespeist. Umso wichtiger ist daher die Stärkung der mittleren Bildung.
- Dass Inklusion und Integration die Kollegien vor Ort nicht überfordern. Daher gilt es die Förderschulen zu erhalten/zu stärken/auszubauen und es in die Hand der Eltern zu geben, den bestmöglichen Förderort zu wählen. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozial schwachen Familien und/oder Kindern mit Migrationshintergrund sind auf Basis der sozialen Gegebenheiten mit zusätzlichen Lehrkräften sowie mit der Expertise der Schulpsychologie und der Schulsozialarbeit zu verstärken. Wir fordern daher auch, dass Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter vor ihrem Einsatz eine grundlegende Qualifizierung erhalten.
- Die Voraussetzungen für digitalen Unterricht zu gewährleisten. Die Beantragung von Mitteln muss ohne viel Bürokratie umsetzbar sein und die Ersatzbeschaffung von Endgeräten muss bereits von Beginn an eingeplant und unbürokratisch sein. Die Schüler sollten frühzeitig, möglichst ab der 5. Klasse, mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Der Einsatz von Lernsoftware und Kollaborationsplattformen macht es erforderlich, dass es zielgenaue Fortbildungen vor Ort gibt, um erfolgreiche Lernumgebungen zu schaffen. Dialogsysteme, die mit künstlicher Intelligenz auf Basis von Fragestellungen Aufsätze und Texte generieren können, sollen an Schulen verantwortungsvoll genutzt werden können. Schülerinnen und Schüler brauchen Kompetenzen im Umgang mit KI-basierten Plattformen und Softwarelösungen. Generell muss dabei ein Datenschutz mit Augenmaß gewährleistet sein.
- Dass die Administration und Betreuung der IT auf Ebene des Landkreises, der Stadt oder der Kommune von professionellen Unternehmen umgesetzt wird. Technik folgt der Pädagogik. Lehrkräfte sollen sich um Unterricht und Erziehung kümmern und nicht nebenbei noch die IT der Schule pflegen und administrieren.
- Die ökonomische Bildung auf Ebene der Schulen deutlich zu stärken. Wirtschaftskennnisse sind unerlässlich bei vielen Entscheidungen im alltäglichen und beruflichen Leben.
- Ein konsequentes Eintreten des Dienstherrn bei Gewalt gegen Lehrkräfte und grundsätzlich mehr Fokus auf die Lehrkräftegesundheit.



Hartmut Esser

Falsch abgebogen: PISA, der traurige Smiley und eine Überraschung

Ende September 2023 gab es unter dem Motto „BILDUNGS- WENDE: jetzt“ eine beeindruckende Protestveranstaltung von zahllosen Gruppierungen und in so gut wie allen Bundesländern gegen den weiteren Verfall der Qualität der Bildung in Deutschland. Der Niedergang begann nach einer Periode der Besserung nach dem PISA-Schock im Jahr 2000 etwa 2011/12, zuerst eher schleichend, beschleunigt dann durch die verschiedenen Krisen und Belastungen nach 2020 und 2022 und zum Schluss noch einmal verschärft durch einen, überraschenderweise: überraschenden, großen Lehrkräftemangel, dem dann vieles bei den Problemen zugeschoben wurde. Bei PISA 2018 und dem Bericht des Instituts zur Qualitätssicherung im Bildungswesen (IQB) für 2018 hatte sich der Niedergang schon für die Zeit vor den Krisen nach 2020 angekündigt (IQB 2019), und in der ZEIT, Nummer 41 von 2021, war unter dem Titel „Der nächste Absturz“ von Hartung und Kerstan (2021) ein Beitrag dazu erschienen. Illustriert wurde die Entwicklung über das Bild eines traurigen Smileys, ein von unten links erst hoch gezogener und dann nach rechts wieder herunterhängender Mund, im Einzelnen empirisch dokumentiert in einer Analyse des ifo-Instituts (Wößmann et al. 2023) und gestützt auf eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen, die keinen Zweifel daran ließen, dass etwas daran war an der Diagnose vom Aufstieg und Fall der Qualität im Bildungswesen in Deutschland. Und das nun nicht nur für die Sekundarstufe, sondern auch für die

Grundschulen, und alles ausgerechnet besonders für die Kinder in den schwierigeren Verhältnissen wieder. Nun gab es fast den gleichen Schock wie schon bei PISA 2000 als es in der Tat so aussah, dass das deutsche Bildungssystem so schlecht und reformbedürftig wäre wie kaum sonst in einem anderen Land. In dem Aufruf heißt es:

„Deutschland steckt in einer der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik! Bundesweit fehlen hunderttausende Kitaplätze. Der Mangel an Lehrkräften, Erzieherinnen und Erzieher steigt immer weiter und trifft auf ein veraltetes und unterfinanziertes Bildungssystem, das sozial ungerecht ist. Jetzt muss umgesteuert werden.“

Gründe für den Protest gab es in der Tat mehr als genug. Die Forderungen sind entsprechend, und man muss sie angesichts der Bedeutung des Problems auch keineswegs für übertrieben halten: Ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro, so viel wie für die Rüstung nach der „Zeitenwende“ des Ukrainekriegs, und auch eine „Offensive“, nun eine für deutlich mehr Kita-Plätze und für die „Ausbildung von ausreichend und gut qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern bei attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen“. Zunächst. Dann aber auch die Forderung, die „Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV“ (Großbuchstaben im Original) zu machen, was nach dem Aufruf u. a. meint: „Druck aus dem überlasteten System nehmen und die Leute beteiligen, die tagtäglich direkt mit Kita und Schule

in Berührung sind, Lehrpläne und Lerninhalte schülerinnen- und schülerorientiert und diskriminierungskritisch zu überarbeiten, um Freiräume für die intellektuelle, emotionale und soziale Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu schaffen und die Bildungsqualität zu erhöhen, alternative Leistungsbewertungen zu ermöglichen statt zu viele Vergleichsarbeiten durchzuführen“, und auch: „multiprofessionelle Teams als festen Bestandteil in allen Schulen zu verankern und zu finanzieren.“

Wenn man etwas genauer hinsieht, sind es zwei Arten von Forderungen, von deren Erfüllung man sich die Lösung verspricht. Erstens: Geld zur Sanierung der in der Tat schon länger unerträglich gewordenen baulichen Situation und materiellen Ausstattung der Schulen und für den Nachholbedarf in wichtigen Entwicklungen, wie in der Tat bei der Digitalisierung. Dann aber auch die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitssituation des Lehrpersonals, insbesondere die gesellschaftliche Aufwertung des Lehrerberufs, der Hauptgrund für das „finnische Wunder“ wie man inzwischen weiß, auch die Entlastung von Aufgaben, wie Familienersatz und verlängerte Tagesverwahrung, für die Schule und Lehrpersonal nicht da sind. Zweitens: Die Öffnung und Lockerung des Systems für möglichst alle und die Beteiligung der Familien bei allem, die Anpassung der Lehrpläne an die Bedürfnisse und Vorstellungen und der Schülerinnen und Schüler, nicht weiter eng an Leistungskriterien orientierte Bewertungen, etwa über Noten oder Tests, was, so kann man ergänzen,

alle doch schon sehr entlasten würde: weniger Stress bei den Kindern, wenn es kaum noch Prüfungen oder Hürden beim Übergang gibt, weniger Auseinandersetzungen im Umgang mit den Eltern um Noten und Empfehlungen, und weniger Anstrengung beim Lehrpersonal, wenn die Bewertungen und Erwartungen an die Kinder im Unterricht freigegeben sind.

Es sind zwei inhaltlich unterschiedliche und voneinander unabhängige Aspekte bei den Vorschlägen und Forderungen: allgemeine materielle Verbesserungen in den Bedingungen, die überall einsetzbar und von Nutzen sein könnten, und Änderungen im Bildungssystem, den institutionellen Regeln also, unter denen die materiellen Mittel eingesetzt würden und ggf. die Effekte der Bedingungen verändern. Darum geht es: Gibt es institutionellen Regelungen, die unter den gleichen materiellen Bedingungen bessere oder schlechtere Ergebnisse erbringen – beim Leistungsniveau wie bei der sozialen Durchlässigkeit?

Bei den Bildungssystemen stehen sich in dieser Frage seit jeher zwei grundlegende Positionen gegenüber: Differenzierung und Integration. Sie unterscheiden sich in ihren Annahmen über die Bedingungen und Mechanismen für bessere und sozial gerechtere Ergebnisse: Homogenität oder Heterogenität in der Lernumgebung der Schulen und Schulklassen einerseits, vorgegebenes Curriculum und fokussierter Unterricht gegenüber gegenseitiger Unterstützung über peer-Interaktionen und flexibel-reflexiver Stoffvermittlung (vgl. dazu ausführlicher Esser 2021, die Vorbemerkungen und Kapitel 1, sowie Esser 2023, das Vorkapitel „Der Hintergrund“ und das Schlusskapitel „Übersicht und Nachtrag“).

Die Differenzierungsposition geht von der Annahme aus, das schulische Lernen funktioniere am besten, wenn die Anforderungen an das Verstehen des Stoffs und die Fähigkeiten der Kinder aufeinander „passen“ und Lehrstoff und Lehrmaterialien darauf abgestimmt sind. Damit würde bei gleicher Anstrengung ein entspannter, auf den Inhalt besser fokussierter und auf Einzelprobleme flexibel eingehender Unterricht möglich. Schon die einfache Unterteilung in zwei Bildungswege, etwa am Mittelwert der Verteilung der Fähigkeiten, würde ein erster und entscheidender Schritt schon sein: Die Reichweite an Varianz, die der Unterricht abzudecken

hätte, wäre halbiert und alles würde entsprechend effizienter und leichter. Mit der weiteren Differenzierung der Differenzierung, etwa in die Dreigliedrigkeit, würden die Passung noch genauer und die Vermittlung noch zielgenauer und noch leichter und damit das Ergebnis auf allen Ebenen und so auch insgesamt noch besser, womöglich nicht überall in gleichem Maße. Die Differenzierung wäre, wenn man so will, also eine Art der Verringerung der Klassengröße, denn dabei ist ja nicht die schiere Anzahl das Problem, sondern die Spannweite an Unterschieden der Kinder, die der Unterricht abzudecken hat. Der Extremfall wäre der Privatunterricht, wo alles auf jeden einzelnen Fall abgestimmt werden könnte. Das wäre, man kann es sich leicht vorstellen, nicht wirklich zu organisieren, geschweige denn zu bezahlen, von den sozialen und anderen Pathologien eines solchen Systems ganz abgesehen.

Nach der Integrationsposition wäre es geradezu umgekehrt. Danach bilden Vielfalt, reflexive Offenheit der Lernumgebung und übergreifende Interaktionen die Voraussetzung für bessere und gerechtere Ergebnisse. Gerade Kinder aus den schwierigen Verhältnissen und die mit Lernproblemen könnten von den Kontakten und der Unterstützung der in den Fähigkeiten und Leistungen besseren Kinder und mit denen aus den oberen Schichten profitieren. Weil es Bewertungen und Sortierung nicht gebe, würden Stratifikationen und Ungerechtigkeiten gar nicht erst entstehen können. Und nur so, in der Entlastung von Leistungs- und Erfolgsdruck, seien auch eigenständige, von den äußeren Umständen unabhängige intrinsische Motivationen und Resilienzen möglich, gefördert und verstärkt durch einen auf die beständige Reflexion abgestellten und schülerinnen- und schülerorientierten Unterricht. Ein besonders anschaulicher Spezialfall hierfür wäre das sog. jahrgangsübergreifende Lernen: In der so noch einmal über mehrere Jahrgangsstufen deutlich vergrößerten Spannweite der mit den Jahrgängen einhergehenden kognitiven Heterogenität seien die Vorzüge des gemeinsamen Lernens in einer sogar noch einmal verstärkten Weise zu erwarten, auch weil sich mit den dann eintretenden besonderen Schwierigkeiten das Problembewusstsein bei Kindern und Lehrpersonal erhöht und das dann neben einer umfassenden Integration zu noch besseren Leistungen führe. Begründun-

gen für das Konzept der „Inklusion“ haben viel damit zu tun.

Die Integrationsposition ist die Grundlage des Protestaufrufs, die Differenzierungsposition wird nicht erwähnt, nicht einmal, wie sonst meist, in kritischer Polemik. Und das ist ja auch nicht unverständlich: In Deutschland gibt es nach wie vor und überall formal die Differenzierung, wenngleich mit Variationen und allerlei Reformen der Öffnung und Flexibilisierung hier und da in verschiedenen Bundesländern. Und die ganze Zeit über hatte sich immer wieder auch in den Analysen der empirischen Bildungsforschung dazu gezeigt, zuerst in der soziologischen Mobilitätsforschung für die Bildungsbeteiligung und dann seit PISA bei den Leistungen, dass die integrativen Systeme im Vergleich leistungsfähiger und sozial durchlässiger wären als die differenzierenden – mit Finnland und Schweden als den leuchtenden Vorbildern, denen es nur noch nachzueifern gelte (vgl. Baumert und Schümer 2001)? Und wäre es dann nicht selbstverständlich, dass man das Übel zu allererst und an der Wurzel anzugehen hätte: die Abschaffung der Leistungsdifferenzierung, wie das der Aufruf tut?

Es ist die Frage nach der empirischen Geltung, denn die beiden Ansätze beruhen ja soweit nur auf Hypothesen. Dabei konnte man zunächst zur Verteidigung der Differenzierung immer noch mit einiger Berechtigung annehmen, dass die Diagramme in den OECD-Berichten allzu einfach gewesen wären und dass sich womöglich alles anders darstellen könne, wenn man mit geeigneten Methoden der multivariaten Analyse und statistischen Kontrolle auf die Kausalitäten der Sache stoße. Es war die Stunde der (Bildungs-)Ökonometrie und der alsbald enorm ausgeweiteten empirischen Bildungsforschung. Ein Schwerpunkt war dabei immer auch der Systemvergleich, und da schien es in den Befunden weiter und bis heute so gut wie keinen Zweifel zu geben: Die Differenzierung verbessere das Niveau nicht, sie vergrößere nur die Ungleichheiten im Bildungserfolg und speziell die nach der sozialen Herkunft.

Es war und ist, so kann man sagen, das Standardergebnis über die Jahre hinweg gewesen und hat über eine Vielzahl von bestätigenden, fast könnte man sagen: langweilig-redundanten Replikationen die hier dann so genannte Standardposition etabliert und gefestigt. Und dass dieser

Auffassung der Protest im September 2023 wie selbstverständlich gefolgt ist, kann niemanden verwundern.

Gleichwohl ist die Frage auch nie verstummt, ob das denn alles auch wirklich stimmt, dass die Differenzierung so von Übel wäre, gerade dann auch zu Krisenzeiten, und die Integration der Schlüssel zum Glück? Und in der Tat: Es ist mit der Standardposition keineswegs so selbstverständlich wie es scheint und oft dargestellt wird, und es gibt, von Anfang an, eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, dass sie auf systematischen Fehlern schon im Ansatz, dem Standardansatz, beruht, auch über Lücken in den Daten, insbesondere in den internationalen Vergleichsstudien, was womöglich ein immer wieder gleiches, aber falsches Ergebnis erzeugt haben könnte. Viele solcher Einwendungen waren es nicht. Aber es reichte schon für eine erste Erschütterung der Gewissheiten, auch gleich bereits nach PISA 2000. Sie haben alle damit zu tun, dass in den internationalen Vergleichsstudien zentrale theoretische Argumente zur Begründung der Differenzierung nicht beachtet und in den empirischen Analysen nicht berücksichtigt worden sind, offenbar weil sie gar nicht vorgesehen waren und dann die nötigen Daten auch nicht erhoben worden sind. Bis heute (vgl. Esser 2021: Kapitel 1, Esser 2023: „Der Hintergrund“ und „Übersicht und Nachtrag“)

Hier sind sie, die Lücken, zunächst nur zwei ganz offenkundige. Erstens: Beim Ability-Tracking kommt es im Kern der Vorgänge auf die kognitiven Fähigkeiten an, die „abilities“ also. In allen internationalen Vergleichsstudien fehlen sie. Zweitens: Der zentrale Mechanismus für die Erhöhung der Effizienz des Lernens ist die kognitive Homogenität in den Schulklassen. Auch das fehlt – wenn es denn Analysen zu den Schuleffekten überhaupt gegeben hat. Die Folgen liegen auf der Hand: Bedingungen und Vorgänge, die mit den kognitiven Fähigkeiten und der kognitiven Zusammensetzung der Schulklassen kovariieren, wie die soziale Herkunft und die soziale Segregation, werden in den empirischen Analysen systematisch überschätzt. Und die Prozesse, die die Systemeffekte der Differenzierung eigentlich tragen, können sich erst gar nicht zeigen. Das Ergebnis ist das Standardergebnis. Zwangsläufig.

Es kommt ein dritter Aspekt hinzu. Der wurde zwar auch früh schon in die Diskus-

sion eingebracht, aber später ebenso vergessen (vgl. dazu Esser 2021, Kapitel 8): Für die Effekte der Differenzierung ist es nicht ausreichend, dass die Bildungswege einfach nur getrennt werden und sich die Varianzen innerhalb der Schulklassen irgendwie verringern. Es käme vielmehr darauf an, dass die Aufteilung auch wirklich nach den kognitiven Fähigkeiten erfolgt und dass es die daran anschließenden Anpassungen der Lehrpläne und Materialien und die Fokussierung des Unterrichts auch tatsächlich gibt. Das ist mit der institutionellen Regel der Differenzierung allein nicht schon gegeben, es muss Zusatzregelungen geben, die das möglichst weitgehend sicherstellen.

Zwei davon wären besonders von Bedeutung: Die Verbindlichkeit der schulischen Vorgaben nach Leistungen, Noten und Empfehlungen bei der Aufteilung. Sie würde helfen, dass die Sortierung auch wirklich nach den kognitiven Fähigkeiten erfolgt und eben nicht nach anderen Gesichtspunkten wie die soziale Herkunft, weil die Eltern davon abweichen können. Und die organisatorische Kontrolle der schulischen Abläufe für die Durchsetzung der erforderlichen Implementationen bei den Curricula und im Unterricht, etwa über die Standardisierung des Lehrangebots, über Zentralexamina und über regelmäßige Tests, aber auch durch Anreize für

objektive Bewertungen, neutrale Erwartungen und fairen Umgang beim Unterricht.

Es ist davon auszugehen, dass beide Regelungen erst zusammen jene Wirkung entfalten, die von der Differenzierung erwartet wird: Wenn die leistungsgerechte Sortierung gelingt, aber die schulische Organisation das Nötige nicht umsetzt, ist ein Effekt ebenso wenig zu erwarten wie in dem Fall, dass die Schule alles tut, was nötig wäre, die unzureichend an den Fähigkeiten der Kinder orientierte Differenzierung aber andere Einflüsse zulässt. Diese Kombination von Verbindlichkeit und Kontrolle sei als die Stringenz der Differenzierung bezeichnet. Sie wäre in den empirischen Analysen der Systemeffekte als spezifisches Merkmal einzubeziehen, zusätzlich also zu anderen wie das Alter bei der ersten Trennung oder die Anzahl der Optionen wie das ansonsten üblich ist. Denn erst in der vollen Kombination der Berücksichtigung von kognitiven Fähigkeiten, kognitiven Schuleffekten und Stringenz lassen sich die Unterschiede zwischen Differenzierung und Integration bestimmen. Und nur so kann man herausfinden, ob es über die Durchschnittseffekte der Differenzierung hinaus nicht auch gewisse konditionale Effekte gibt, speziellen Bedingungen zusätzlich zur bloßen Trennung also, an denen dann alles hängt.

Hartmut Esser, 1943 im Harz geboren, studiert zunächst Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Köln und erlangt 1971 sein Diplom als Volkswirt mit sozialwissenschaftlicher Richtung.

1974 folgt die Promotion und sieben Jahre später wird er in Bochum habilitiert.

Von 1974–1978 ist Hartmut Esser Akademischer Rat an der Ruhruniversität Bochum, anschließend Wissenschaftlicher Rat und Professor an der Universität Duisburg GHS.

Von 1982–1987 ist Hartmut Esser ordentlicher Professor für Empirische Sozialforschung an der Universität Essen GHS. In diesen Zeitraum fällt auch seine Tätigkeit als Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim.

Von 1987–1991 ist Herr Esser Ordinarius für Soziologie an der Universität zu Köln

von 1991–2009 ordentlicher Professor für Soziologie und Wissenschaftslehre an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Seit 2001 ist Hartmut Esser Mitglied der Leopoldina und gilt als Vorreiter beim an der Theorie der rationalen Entscheidung orientierten Ansatz mikrofundierter Methodologie in den Sozialwissenschaften, den er in seinem Einführungswerk Soziologie. Allgemeine Grundlagen von 1993 sowie in dem ab 1999 erschienenen sechsbändigen Werk Soziologie. Spezielle Grundlagen vorstellt.

Von März 2008 bis Juli 2009 ist Hartmut Esser Prorektor für Forschung der Universität Mannheim und seit August 2009 zwar im Ruhestand, aber alles andere als untätig, was unter anderem der Blick auf seine umfangreiche Publikationsliste, unter anderem zur Bildungssystemforschung, Bildungsgerechtigkeit und Bildungsarmut, verrät:

<http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/profiles/hartmut-esser>

Gemacht hat das bisher niemand. Es ging aber ja auch nicht. Und deshalb weiß auch bisher keine(r), ob es denn überhaupt so ist wie es – auch und keineswegs nur – der Protestaufruf darstellt.

Gut, also, geklärt ist es offenbar also nicht, aber man könnte es ja doch, so ein möglicher Einwand, einfach einmal versuchen mit der Integration angesichts des so sichtbaren Erfolgs der skandinavischen Länder mit der Integration und wenn es nicht der Drill in einigen asiatischen Ländern sein soll, die inzwischen alle überholt haben. Denn die Erfolge von Finnland und Schweden können ja nicht bestritten werden, auch wenn man nicht so recht weiß, was der Hintergrund ist. Und das Desaster in Deutschland bei PISA 2000 erst recht nicht.

Aber auch hier stellt sich die Frage: Wirklich nicht? Schon dazu gab es damals eine Sonderauswertung für die deutschen Bundesländer. Und was zeigte sich da (Artelt et al. 2002, Baumert und Schümer 2002)? Bei den Leistungen lagen Bayern und Baden-Württemberg über dem OECD-Durchschnitt, Sachsen nur wenig darunter und alle drei Bundesländer hatten im Vergleich zu den anderen auch eine eher höhere soziale Durchlässigkeit. Die schlechtesten Leistungen und die geringste soziale Durchlässigkeit gab es dagegen in Bremen. Berlin war bei PISA 2000 nicht dabei, war aber in den späteren Erhebungen fast so weit unten wie Bremen. Am wenigsten sozial durchlässig war damals Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Hessen. Ohne Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, Berlin hatte bei PISA 2000 nicht teilgenommen, hätte die Sache für Deutschland schon ganz anders ausgesehen, ganz zu schweigen, wenn man nur auf den Süden der Bundesrepublik gesehen hätte.

Aber auch wenn man auf die einzelnen Bundesländer sieht und feststellt, dass manche über, andere unter dem nationalen bzw. dem OECD-Durchschnitt liegen, wie in den diversen (Bildung-)Berichten, -Reports und -Monitoren inzwischen, kommt man kaum weiter. In den Tabellen dort stehen stets nur die einzelnen Bundesländer, geordnet etwa nach dem Alphabet oder groben geographisch-politisch-ökonomischen Kategorien, wie Ost und West, Nord und Süd, Stadtstaaten und Flächenländer. Aber nicht nach den Zusatzregelungen für so etwas wie die Stringenz, in der die Differenzierung im-

plementiert wird oder sich darin verändert hat. Nach der Differenzierungsposition wäre zu erwarten gewesen, dass in den Bundesländern mit der Kombination von Verbindlichkeit und Kontrolle das Leistungsniveau höher und die soziale Durchlässigkeit nicht geringer ist als in den Bundesländern, in denen es diese Kombination nicht gibt.

Und genau danach sieht es ja auch aus, bereits in den einfachen Tabellen der (Bundes-)Ländervergleiche, die jeder auch ohne besondere Statistikenkenntnis verstehen kann, und das schon im Jahr des PISA-Schocks, in dem Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen schon oben waren, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, Berlin dann später, ganz unten. Es war also bereits damals nicht so wie es die Integrationsposition und der Protestaufruf mit großer Überzeugung angenommen und das Standardergebnis immer wieder neu suggeriert haben. Der Befund wurde in den Berichten, auch über die mechanisch-naive Art der Ergebnisdarstellung in den zahllosen Tabellen, versteckt, und wenn man nicht wusste, worauf es ankäme und wonach man suchen möchte, war man nur noch verloren. In den schon systematischen und methodisch auch anspruchsvolleren Analysen war das zwar anders, aber hier fehlten entscheidende Konstrukte und Informationen: Die kognitiven Fähigkeiten, die Schuleffekte und insbesondere die Zusatzregelung, an der schließlich alles bei den Effekten hängt: Die Stringenz der Differenzierung.

Das Muster der Unterschiede zwischen den Bundesländern nach der Stringenz erhält sich im Kern über die Jahre bis in die neueste Zeit (vgl. IQB 2009, 2015, 2018). Zwei Änderungen gab es jedoch, aus denen sich weitere Rückschlüsse für die Frage nach den Systemeffekten der Differenzierung möglich sind: Die Strukturen bei dem generellen Abfall des Leistungsniveaus nach 2011/12 wie er im traurigen Smiley beschrieben ist und die Folgen der Abschaffung der Verbindlichkeit in Baden-Württemberg 2011. Nach der Standardposition sollten die offenen Systeme weniger traurig drein blicken müssen nach dem Abfall der Leistungskurve um 2012 und besser durch Schwierigkeiten und Krisen ab 2020 gekommen sein als die mit den strikten Regelungen, und die Abschaffung der Verbindlichkeit, wie in Baden-Württemberg, sollte ähnliche Folgen einer besseren Schadensbegrenzung gehabt haben. Das entspricht offensichtlich

auch den Vermutungen nach den Vorstellungen des Aufrufs.

Vermutungen sind, wie gesagt, noch keine empirischen Belege. Sie reichen schon gar nicht, wenn es um praktische Maßnahmen und Reformen mit ggf. erheblichen Kosten sind, auch evtl. solche, die dadurch entstehen, dass unter bestimmten Bedingungen die Effekte anderer Bedingungen und Umstände vermindert oder unterdrückt werden – wie die Anreize für bessere Leistungen in der Grundschule vorher schon, wenn man mit der Abschaffung der Verbindlichkeit zwar den Druck aus dem Kessel nimmt, womöglich aber auch die Motivation sich anzustrengen, weil es um Noten und Empfehlungen für den Übergang geht. Meist bzw. nahezu immer, fehlten, wie gesehen, die zur Klärung nötigen Informationen und Analysen, erst recht, wenn es sich um für eine breitere Fachöffentlichkeit gedachte Dokumentationen handelt. Auch das hatte lange die Vorstellungen von der Überlegenheit und Notwendigkeit der Öffnung bzw. der Abschaffung der Differenzierung gestützt und auch gerettet. Der Aufruf zeigt es. Zum Glück aber sind die Befunde dazu mit den IQB-Berichten über die Jahre IQB 2009, 2012, 2015, 2018, 2022 für die Grundschule), der IGLU-Grundschulstudie (2022), der ifo-Studie mit dem traurigen Smiley (Wößmann et al. 2023) und dem Bildungsmonitor (Anger et al. 2023) wirklich gut dokumentiert, wenngleich dort nicht auch schon nach der Systemmerkmalen, zumindest nicht solchen der Stringenz.

Dann sehen wir uns das aber doch gleich einmal an. Wir nehmen den aktuellsten Beitrag, den des Bildungsmonitors (Anger et al. 2023). Der lässt, anders als die anderen, Vergleiche nach den Systemen generell, über die Zeit des traurigen Smileys und für die Reform sogar in Baden-Württemberg zu. Die Werte stehen in der Tabelle 6.3 des Bildungsmonitors auf der Seite 210 im Anhang. Die bloßen Ziffern dort sind, wie üblich, recht unübersichtlich. In der graphischen Darstellung in Abbildung 0.1 unten erkennt man aber gleich, was mit den Systemeffekten von stringenter Differenzierung und der Lockerung der Regelungen ist.

Oben in stehen die beiden Aspekte bei den Leistungen: Das Niveau (in Mathematik, Lesen und Sachkunde) im Bildungsmonitor als „Schulqualität“ benannt, und das Erreichen gewisser Mindeststandards als

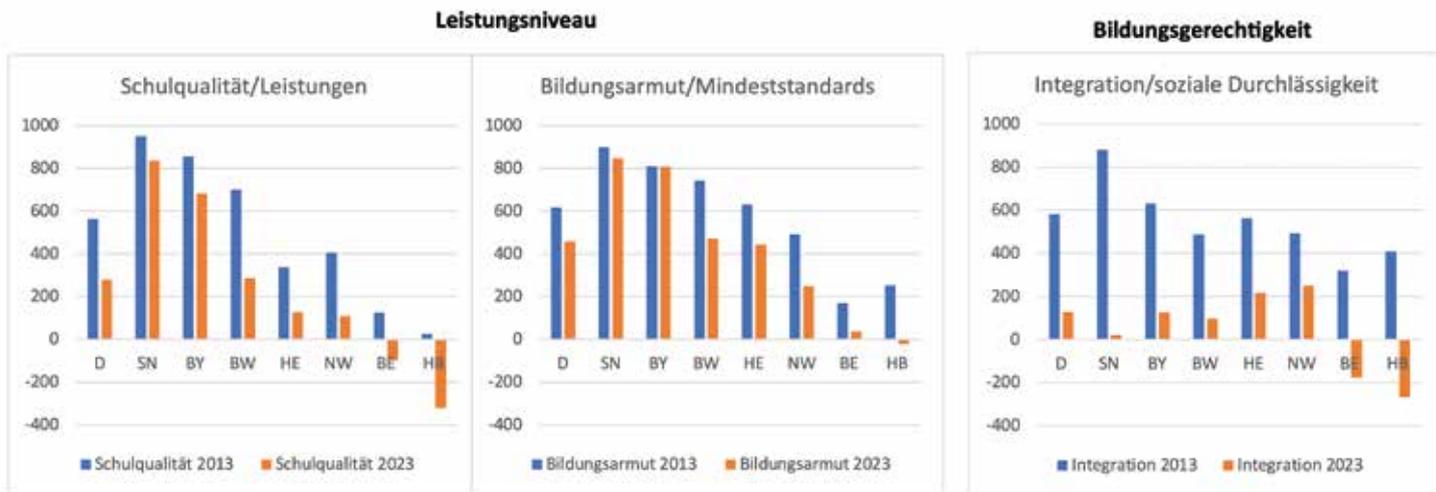


Abbildung 0.1: Leistungsniveau und Bildungsgerechtigkeit nach Stringenz und Öffnung für ausgewählte Bundesländer (nach Anger et al. 2023, Tabelle 6.3: 210; eigene Zusammenstellung)

Vermeidung von „Bildungsarmut“ bezeichnet, unten finden sich die Befunde zur sozialen Bildungsgerechtigkeit, im Bildungsmonitor mit „Integration“ benannt und, wie üblich, verstanden als Zusammenhang des Bildungserfolgs mit der sozialen Herkunft bzw. der sozialen (Un-)Durchlässigkeit. Die Werte stellen Maßzahlen dar, die aus unterschiedlichen Quellen (PISA, IGLU, IQB u.a.) zusammengestellt und zu Indizes zusammengefasst wurden, also keine anderen Daten als die üblichen Reports sowieso.

Die Säulen beschreiben die Ergebnisse für die verschiedenen Kontexte, jeweils im Zeitvergleich für 2013 und 2023. Die Säule D gibt den Durchschnitt für Deutschland über alle 16 Bundesländer wieder. Hier wird gleich die traurige rechte Seite des Smileys erkennbar: Nach 2013 geht es für 2023, teilweise: drastisch, bergab, und zwar für beide Aspekte, für das Leistungsniveau, generell wie für die Einhaltung der Mindeststandards, und für die Bildungsgerechtigkeit, der Begrenzung des Einflusses der sozialen Herkunft bzw. der sozialen Durchlässigkeit. Es sieht in der Tat bedrohlich aus, und zeigt mehr als dringlich, dass da, wie in anderen gesellschaftlichen Feldern auch, etwas geschehen muss.

Für die Hypothesen über die Effekte von Stringenz und Öffnung ist das noch nicht weiter von Bedeutung, denn es trifft zunächst ja alle. Das kommt nun im Vergleich der Bundesländer und Systeme, in den oben begründeten typischen Gruppierungen von rechts nach links nach abnehmender Stringenz bzw. zunehmender Öffnung angeordnet. Es lassen sich drei Konstellationen unterscheiden. Es sind im Prinzip die, denen wir oben schon im Zusammenhang der Sonderauswertung

bei PISA 2000 begegnet sind: Sachsen und Bayern mit der höchsten Stringenz als Kombination von Verbindlichkeit und Kontrolle sowohl 2013 wie auch 2023; dann Baden-Württemberg, das 2000 noch wie Bayern und Sachsen vollauf stringent war, 2011/12 aber die Verbindlichkeit abgeschafft hatte; und schließlich die vier Bundesländer ohne Verbindlichkeit und Kontrolle über die ganze Zeit: Hessen und Nordrhein-Westfalen als Flächenländer, Berlin und Bremen als Stadtstaaten mit ihren noch einmal besonderen Verhältnissen. Die anderen Bundesländer mit nur jeweils einer Bedingung, Verbindlichkeit oder Kontrolle, liegen dazwischen. Sie werden in den Ergebnissen hier nicht weiter aufgeführt, weil die Befunde, wie zu erwarten, mehr oder weniger zufällig um den Gesamtmittelwert und zwischen den beiden Extremtypen von Stringenz und Öffnung schwanken.

Bei den Befunden gibt es manche interessante Einzelheit, auf die einzugehen hier der Platz (noch) nicht ist. Aber schon auf den ersten Blick fällt ein so bisher kaum irgendwo erwartetes Muster auf: Die Bundesländer mit der stringenten Differenzierung Sachsen (SN), Bayern (BY) und Baden-Württemberg (BW) haben 2013 in beiden Dimensionen und allen drei Bereichen die besseren Werte: ein höheres Leistungsniveau, eine geringere Bildungsarmut und, etwas weniger ausgeprägt, auch eine eher höhere Bildungsgerechtigkeit, jedenfalls keine Verstärkung der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit, von der ansonsten immer für die Differenzierung die Rede ist. Auch vom Abfall in der Bildungsqualität bei den drei Aspekten sind 2023 die stringenten Bundesländer deutlich weniger betroffen. Am

schlechtesten sind dagegen in allen Fällen die Bundesländer mit den offenen Regelungen, Hessen und Nordrhein-Westfalen (HE, NW) und die Stadtstaaten Berlin und Bremen (BE, HB) mit ihren besonders ausgeprägten Traditionen der Öffnung, Flexibilisierung und Heterogenität.

Baden-Württemberg ist, wie man sieht, schließlich ein besonders bemerkenswerter Fall: Noch bis PISA 2012 bzw. IQB 2009 gehörte es mit Bayern und Sachsen zu der Spitzengruppe und war damit, so sei ergänzt, im internationalen Vergleich sogar besser als Schweden und nicht weit von Finnland entfernt. Dann wurde 2011/12 die Verbindlichkeit abgeschafft – wohl um in der Meinung, dass die freie Wahl eine Bedingung sei, das Land in den Leistungen und der Bildungsgerechtigkeit noch weiter nach vorne zu bringen. Die Werte kommen 2013, also kurz nach der Reform, im Bildungsmonitor noch nahe an die beiden Spitzenreiter heran, fallen dann aber bis 2023 deutlich ab und nähern sich dem Mittelwert für Deutschland und sogar denen unterhalb der offenen Systeme. Die Reform von 2011 in Baden-Württemberg war also eine Art von so nicht geplantem Experiment und einem erst recht so nicht erwarteten Ergebnis: Die Öffnung, hier über die Freigabe des „Elternwillens“ beim Übergang, senkt das Leistungsniveau, erhöht die Bildungsarmut und verbessert die Bildungsgerechtigkeit nicht, eher im Gegenteil.

Auf der gleichen Linie liegen die Befunde zu den Effekten der Bildungssysteme in den Krisenphasen wie sie sich in den Werten für 2023 im Vergleich zu 2013 zeigen, also für die Resilienz gegen den Verfall mit den aufgekommenen Schwierigkeiten und Problemen. Es sind wieder nicht die Län-

der mit der größeren Offenheit, die sich einigermaßen widersetzen können, sondern die mit der stärksten Stringenz. Auch hier bestätigt sich das weiter im Fall von Baden-Württemberg: Sachsen und Bayern kommen nahezu unbeschadet über die Krisen, Baden-Württemberg nach der Umstellung auf die Öffnung deutlich weniger. Es gibt, wenn man so sagen will, einen doppelt traurigen Smiley in der Qualitätsentwicklung in Deutschland: Der generelle Abfall über die Zeit und zum Teil getragen von äußeren Umständen, die alle betreffen, dann aber auch noch die Verstärkung über die Öffnung der Systeme, entweder jene, die es schon immer gab, oder die, wie in Baden-Württemberg, erst geschaffen wurde. Es ist nachgerade das Gegenteil dessen, was man dazu bisher angenommen und gedacht hat, dass es auch wirklich so wäre.

Wer aber hätte das gedacht? Und wie war es möglich, dass sich alles erst jetzt so darstellt, zwar nicht ganz ohne Hinweise schon vorher, aber sicher nicht in dieser Eindeutigkeit wie es sich in den einfachen Tabellen der vielen Berichte durch-

aus schon gezeigt hatte, aber kaum einmal bemerkt wurde? Und warum dringen die Erkenntnisse über die wirklichen Effekte von Differenzierung und Integration, die es durchaus gegeben hat, nur so langsam, wenn überhaupt, durch und finden kaum ihren Weg in Öffentlichkeit und Politik, auch nicht in die damit befasste Wissenschaft wie man noch anzufügen hätte? Und das, auch angesichts des enormen Ausbaus der „Empirischen Bildungsforschung“ im Zuge des PISA-Schocks. Es ist eine schwierige und äußerst heikle Frage, und man kann letztlich nur spekulieren. Ein Grund könnte eine Art von institutionalisierter Blindheit in Kombination mit gut verankerten politisch-ideologischen Einstellungen gewesen sein: Der PISA-Schock schien mit einem Schlag die ewige Kontroverse um die Differenzierung zugunsten der Integration erledigt zu haben. Und dann kamen die vielen Programme der Exzellenzcluster, der Sonderforschungsbereiche, der Sonderprogramme der Ministerien, der Doktoranden- und Postdoktorandenkollegs und der institutionellen Neugründungen mit ihren Festlegungen, in Ansatz und Un-

tersuchungsanlage, die kaum eine andere Perspektive erlaubten. Man hätte sich sehr in die Brennesseln setzen können, wenn man an etwas anderes auch nur gedacht hätte.

Und so blieb es über mehr als 20 Jahre bei einem deutlich irreführenden Urteil über die Effekte einer stringenten Leistungs-Differenzierung. Inzwischen weiß man es definitiv besser, und die bildungspolitische Folgerung daraus wäre nicht sonderlich schwer zu ziehen: Keine weitere Öffnung, keine weitere Schwächung der Schulen und des Lehrpersonals und möglich auch eine Rückkehr bzw. Einrichtung der Regelungen, die das einmal gewährleistet hatten: Verbindlichkeit und Kontrolle. Ob eine solche Umsteuerung gelingt, ist eine andere Frage. Aber dann erst kann man davon ausgehen, dass die vielen Milliarden aus einem Bildungssondervermögen, wenn es sie denn gäbe, auch wirklich etwas bewirken und nicht, wie zuvor oft genug, sich da im Sande verlaufen, wo es Öffnung und Lockerung immer schon gegeben hat oder in den letzten Jahren vollzogen worden ist.

Quellenangaben

Anger, C., J. Betz, A. Plüneck. 2023. INSM-Bildungsmonitor. Zukunft der Bildung. 20 Jahre Bildungsmonitor. Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

Artelt, C., W. Schneider und U. Schiefele. 2002. Ländervergleich zur Lesekompetenz. In: Deutsches PISA-Konsortium, Hrsg., PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen 2002: Leske und Budrich: 56-94.

Baumert, J., und G. Schümer. 2001. Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb. In: Deutsches PISA-Konsortium, Hrsg., PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske und Budrich: 323-407.

Baumert, J., und G. Schümer. 2002. Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb im nationalen Vergleich. In: Deutsches PISA-Konsortium, Hrsg., PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen 2002: Leske und Budrich: 159-201.

Esser, H. 2021. „Wie kaum in einem anderen Land?“ Die Differenzierung der Bildungswege und ihre Wirkung auf Bildungserfolg, -ungleichheit und -gerechtigkeit. Band1: Theoretische Grundlagen. Frankfurt/M. und New York: Campus.

Esser, H. 2021. „Wie kaum in einem anderen Land?“ Die Differenzierung der Bildungswege und ihre Wirkung auf Bildungserfolg, -ungleichheit und -gerechtigkeit. Band1: Theoretische Grundlagen. Frankfurt/M. und New York: Campus.

Hartung, M. J., und Th. Kerstan. 2021. Der nächste Bildungsabsturz. In: Die ZEIT, Nr. 41.

IGLU 2023. Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre. N. Mc Elvany et al., Hrsg., Münster und New York: Waxmann.

IQB-Bericht 2009. 2010. Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

IQB-Bericht 2012. 2013. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

IQB-Bericht 2015. 2016. Sprachliche Kompetenzen am Ende der 4. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

IQB-Bericht 2016. 2017. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

IQB-Bericht 2018. 2019. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I im zweiten Ländervergleich. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

IQB-Bericht 2021. 2022. Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

Wößmann, L., V. Freundl, F. Pfähler und F. Schoner. 2023. Sinkendes Leistungsniveau, hohe Chancenungleichheit – Stand und Handlungsoptionen für die deutsche Schulbildung. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 103: 233-237.



Außerschulische Lernorte entdecken!



**GEO-NATURPARK
BERGSTRASSE-ODENWALD**

**Natur mit dem Profi im
Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald
(UNESCO Global Geopark)**

Wisst Ihr noch, wie sich Erde anfühlt? Streift Ihr gerne durch den Wald? Möchtet Ihr die faszinierenden Geschichten entdecken, die Steine, Pflanzen und Tiere über unsere Landschaft erzählen? Wollt Ihr wissen, wo das Urpferdchen gelebt hat? Unter dem Motto „Natur mit dem Profi“ fokussiert der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald mit seinen Geopark-Rangern und Geopark-vor-Ort-Teams auf Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Ranger-Programm umfasst spannende Landschaftsführungen sowie informative Aktionen zum ganzheitlichen Erfahren der Natur.

Die Informationseinrichtungen des Geo-Naturparks halten darüber hinaus zahlreiche Tipps und Anregungen bereit. Daneben warten über 5.400 km markierte Wanderwege, 40 Erlebnispfade sowie mehr als 500 Geopunkte und Geotope auf eigene Entdeckungen.

Infos, Magazine und Broschüren zum Download: www.geo-naturpark.de



© Bernd Dörwald

Jahrestagung dbb beamtenbund und tarifunion

Forderung: Starker Staat – Wehrhafte Demokratie

Wenn laut aktueller Umfragen nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland davon ausgehen, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, müsse das Vertrauen in den Staat wieder hergestellt werden. Dies war die Botschaft des dbb bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach zum Auftakt der traditionellen dbb Jahrestagung Anfang Januar. Der dbb Chef machte deutlich: „Wenn das Vertrauen in die Politik nicht weiter schwinden soll, dann müssen den Menschen im Land klare Perspektiven aufgezeigt werden. Kein verwalten, sondern gestalten.“ Zur Finanzierung sollten alle Staatsaufgaben auf den Tisch für eine intensive Prüfung. Es müsse investiert und mehr Geld für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur eingesetzt, dazu die Digitalisierung der Verwaltung endlich vorangebracht werden.

Die zentralen Tagungsthemen fanden ein interessiertes Publikum

Vertrauen in die Demokratie und in die Funktionsfähigkeit des Staates, geopolitische Herausforderungen und Spannungen, Wahlen in Europa und einigen Bundesländern. Namhafte Gäste aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft diskutierten im Kölner Messezentrum mit Vertretern der dbb bundesleitung und zahlreichen dbb Fachgewerkschaften. Der VDR war vertreten durch den neuen Vorsitzenden Ralf Neugschwender sowie die Vorsitzenden der Querschnittsorganisationen VDR Frauen, VDR Jugend und VDR Senioren.

Saskia Tittgen, Christa Nicklas, Ralf Neugschwender und Nicole Weiß-Urbach (v.l.n.r.)



Für mehr demokratische Bildung in den Schulen

Für die VDR-Vertreterinnen und -vertreter war das Bildungsthema „Demokratie beginnt in der Schule“ von besonderer Bedeutung. Auf dem Fachpodium gab es ein Wiedersehen mit Jürgen Böhm, früherer VDR-Bundesvorsitzender, seit Juni 2023 Staatssekretär im Bildungsministerium Sachsen-Anhalt. Jürgen Böhm pflichtete im Gespräch mit weiteren Vertretern der Bildungspolitik der Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes Susanne Lin-Klitzing bei, die demokratische Grundbildung von Lehrkräften zu verstärken. „Dazu braucht es aber keine neuen Fächer, sondern eine konsequente fächerübergreifende Vermittlung von Demokratiebildung“, so Böhm. Bereits in der frühkindlichen Erziehung müssten erste Impulse gesetzt werden. Er warnte davor, Schule immer schlecht zu reden. „Natürlich hat die Gesellschaft Probleme zu lösen. Aber wir leben in einer sehr klaren demokratischen Gesellschaft, für die es sich einzustehen lohnt.“ Als Beispiel führte er die Schülermitverantwortung an den Schulen an mit der Möglichkeit des Engagements für Schüler und der Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Nach der Forderung nach einer stärkeren Medienkompetenz durch die stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende Simone Fleischmann verlangte der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Thomas Jarzombek ein konsequentes Vorgehen gegen Falschinformationen in den Sozialen Medien. „Alle müssen erkennen, wer Inhalte erstellt hat und ob man diesen vertrauen kann“.

Diskussion zur Europa-Wahl: Handlungsfähigkeit der EU sichern

Mit Blick auf die Wahl am 9. Juni diskutierten die Spitzenbewerber die Herausforderungen für die Europäische Union. Jana Puglierin vom European Council on Foreign Relations sprach in ihrem Impulsvortrag von schwierigen Entscheidungen der EU in den kommenden Jahren, mit wem Allianzen eingegangen oder beendet werden sollen, und appellierte für mehr Initiative: „Europäer sind kein Spielball der Geschichte, sondern haben ihr Schicksal selbst in der Hand.“ Gegen die globale Krise sah Katarina Barley (SPD) den Kontinent besser gewappnet, als man es in Deutschland wahrnehme. Der Zustand der Demokratie bereite Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) Sorgen, sie betonte aber gleichzeitig die Notwen-

digkeit, trotz der globalen Krisen in der Welt positiv zu bleiben. Die Handlungsfähigkeit der EU sicherzustellen im Hinblick auf Ungarn, das ist für Terry Reintke (Grüne) ein zentrales Anliegen. Axel Voss (CDU) legte den Fokus auf die Handlungsfähigkeit Deutschlands und kritisierte einen Mangel an Mut und Entschlossenheit. Um antidemokratische Kräfte im Zaum zu halten, gelte es mehr denn je, sich den Lebenswirklichkeiten der Bürger zu stellen und schneller ernsthafte Lösungen anzubieten, denn: Je unzufriedener die Menschen sind, desto eher wenden sie sich populistischen und demokratiefeindlichen Kräften zu.

Bundesverfassungsrichter a. D. Peter Müller: Für eine Stärkung des Rechtsstaats

Wie gefestigt ist unsere Demokratie und wie schützen wir den Rechtsstaat vor Angriffen? Mit dieser Thematik beschäftigte sich der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Peter Müller nach dem Vortrag von Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der sich für eine bessere Steuerung der Migration aussprach, um Verwaltung und Schulen nicht dauerhaft zu überfordern. „Nur zwanzig Prozent der Weltbevölkerung lebten in demokratisch verfassten Staaten“, erinnerte Peter

Müller das Publikum, populistische Bewegungen seien auf dem Vormarsch, die es „mit dem Rechtsstaat nicht so genau nehmen.“ „Es besteht dringender Handlungsbedarf“, so die deutliche Forderung. Dem Rechtsstaat müsse wieder mehr Geltung verschafft werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Demokratie zu stärken. „Wir brauchen keine neuen Regelungen – im Gegenteil, teilweise haben wir eher zu viele“. Wichtig sei aber, dass die Regelungen auch für alle gelten würden. „Das Gewaltmonopol des Staates ist nur glaubwürdig, wenn Recht auch durchgesetzt wird“. Gegen das derzeitige Vollzugsdefizit helfe nur eine angemessene Personalausstattung sowie eine ordentliche Bezahlung im öffentlichen Dienst.

Um die Identifikation gerade junger Menschen mit dem Staat zu stärken, kann sich der ehemalige Bundesverfassungsrichter eine allgemeine Dienstpflicht vorstellen. „Ich halte das für durchaus attraktiv, um das demokratische Gemeinwesen zu stärken.“ So könne Heranwachsenden auch vermittelt werden, dass das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft auch ein Bemühen um ihren Erhalt erfordert“.

Christa Nicklas

Jahreskonferenz 2024 der Initiative „MINT Zukunft schaffen!“ in Potsdam

Die MINT-Jahrestagung diskutierte mit dem Thema „NewWork & Schule der Zukunft“ die neuesten Trends und Entwicklungen in den Bereichen Technologie, Innovation, Bildung und Arbeit. Die Digitalisierung und die Transformation der Arbeitswelt in Richtung Industrie 4.0 hat zur Folge, dass sich Technologien immer schneller entwickeln und sich unsere Gesellschaft wie Wirtschaft wandeln werden. Hinzu kommt eine Welt, die geprägt ist von Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit. Der Begriff, der diese Situation beschreibt und bei der MINT-Jahreskonferenz am Hasso-Plattner-Institut in Potsdam einige Male Erwähnung fand, ist VUCA.

Durch alle Vorträge und Workshops zog sich die Erkenntnis, dass es gilt, Lernumgebungen und Arbeitsplätze zu schaffen, die Innovation fördern und es gleichzeitig ermöglichen, soziale Verantwortung zu übernehmen. Bundeskanzler Olaf Scholz, der seit 2022 Schirmherr der Initiative „MINT Zukunft schaffen!“ ist, eröffnete die Konferenz mit einem digitalen Grußwort und betonte die zentrale Rolle von MINT und MINT-Berufen für die Zukunft Deutschlands. Er verwies darauf, dass inzwischen über zweitausend Schulen als MINT-freundliche Schulen ausge-

zeichnet worden sind und es gerne noch mehr werden können. Ein vergleichbares Ziel stellte auch der Potsdamer Informatikprofessor und Vorstandsvorsitzende von „MINT Zukunft schaffen!“, Christoph Meinel, in den Raum. Er sprach sich dafür aus, dass MINT-Förderung in allen Lebensphasen wichtig sei und bereits in den Kindertagesstätten beginnen solle.

Keynote: New Work – Careers of the Future – Future Skills

Einer der Hauptredner war Michael Vollmann, Education Lead Europe von Amazon. Er referierte zum Thema „New Work –



Ralf Neugschwender auf der MINT-Jahrestagung



Das Grußwort des Bundeskanzlers lässt sich hier anschauen:
<https://vimeo.com/917958397>

Careers of the Future – Future Skills“. Die Keynote stellte folgende Fragen zur Diskussion: Wie sieht die Arbeitswelt von morgen aus? Welche Kompetenzen sind wichtig?

Vollmann machte deutlich, dass sich auch Bildung und Schule darauf einstellen müssen, junge Menschen auf die Gesellschaft von morgen vorzubereiten und ihnen die notwendigen Future Skills mitzugeben.



Seit 2022 ist Bundeskanzler Olaf Scholz Schirmherr der Initiative „MINT Zukunft schaffen!“

Diese sind definiert als Fähigkeiten, die in den nächsten fünf Jahren für das Berufsleben und die gesellschaftliche Teilhabe deutlich wichtiger werden – und zwar über alle Branchen und Industriezweige hinweg.

Der Unterricht wird sich im Zeitalter der KI von Routineaufgaben hin zu persönlichen, komplexeren und kreativeren Aufgaben entwickeln müssen. Die 4Ks als wichtige Fähigkeiten für die Zukunft sind daher auch zur Sprache gekommen: Kritisches Denken, Kommunikation, Kollaboratives Lernen mit dem eigenverantwortlichen Lösen komplexer Aufgabenstellungen im Team und Kreativität im selbstständigen Entwickeln innovativer Lösungsansätze. Dabei geht es nicht nur um die MINT-Fächer, sondern alle Fächer, um junge Menschen für die Zukunft des Lernens und Arbeitens vorzubereiten.

Mecklenburg-Vorpommern geht neue Wege

In einer weiteren Keynote zum Thema „Schule der Zukunft“ stellte Dr. Ulrike Möller (Leiterin der Stabsstelle für die Allgemein bildende Digitale Landesschule,

Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern) die Digitale Landesschule Mecklenburg-Vorpommern (DiLas) vor. Vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels vor allem im ländlichen Raum setzt das norddeutsche Bundesland auf eine Alternative zum Vertretungsunterricht und bietet ab dem kommenden Schuljahr für die neunten Klassen in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch Fachunterricht für die Schülerinnen und Schüler vor Ort auf digitalem Weg an. In der Diskussion stieß das Vorhaben auf viel Interesse und aber auch einige Nachfragen, wie alles rechtlich zu bewerten und umzusetzen sei.

Auszeichnung der Schulen als wesentlicher Bestandteil des Kongresses

Ein wesentlicher Bestandteil des Kongresses war die Wertschätzung der Schulen, die bei der MINT-Förderung vorangehen. Das Netzwerk „MINT Zukunft schaffen!“ zeichnete vor Ort das Engagement mit verschiedenen Prädikaten aus. Mit der Auszeichnung als „MINT-freundliche Schule“, „Digitale Schule“ oder ganz neu als „Digitale Schule professional“ konn-



Keynote-Speaker Michael Vollmann im Gespräch mit Moderatorin Doreen Friedrichs

ten in Potsdam oder digital zugeschaltet, Lehrkräfte und Schulleitungen ihr Engagement mit einer Urkunde und einem Türschild sichtbar mitnehmen. Im Rahmen der Veranstaltung wurde zudem ehemaliger Bundesvorsitzender Jürgen Böhm als MINT-Botschafter der ersten Stunde ausgezeichnet. Benjamin Gesing, Geschäftsführer der Initiative „MINT Zukunft schaffen!“, machte deutlich, dass Lehrkräfte, Wissenschaftler, wirtschaftliche Partner sowie Schülerinnen und Schüler, die sich im Netzwerk einbringen, als MINT-Botschafter einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes leisten. Im Rahmen der Veranstaltung konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zudem an vielen Ausstellungsständen über neueste Konzepte und Werkzeuge der MINT-Bildung informieren und in vielen Workshops aktuelle Trends vertieft diskutieren.

Ralf Neugschwender



Bild 1: Keynote-Speaker Michael Vollmann, Education Lead Europe von Amazon – **Bild 2:** Prof. Dr. Christoph Meinel, Vorstandsvorsitzender der Initiative „MINT Zukunft schaffen!“ – **Bild 3:** Dr. Ulrike Möller, Leiterin der Stabsstelle für die Allgemein bildende Digitale Landesschule M-V, Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern – **Bild 4:** Benjamin Gesing, Geschäftsführer der Initiative „MINT Zukunft schaffen!“

Panel Soziale Marktwirtschaft der Stiftung Finanzbildung

Die Idee einer Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft auf einem Forum für und mit Lehrenden besteht darin, die Frage zu klären, wie relevant das Thema heute noch für Lehrende aber auch Anleger ist



Die beiden Panelexperten, Waltraud Eder, Schulleiterin und Vorständin sowohl im VDR (Verband Deutscher Realschullehrer) als auch im BÖB (Bündnis Ökonomische Bildung), sowie Prof. Dr. Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau und wissenschaftlicher Leiter der Ludwig-Erhard-Stiftung, hatten eine klare Antwort: Die Soziale Marktwirtschaft ist nach wie vor topaktuell und wichtiger denn je.

„Die soziale Marktwirtschaft scheint langfristig das einzige Wirtschaftsmodell zu sein, das nachhaltig und zuverlässig funktioniert. Allerdings muss die Politik darauf achten, die Grundsätze, die durch Erhard und Müller-Armack vorgegeben wurden, einzuhalten: so viel Markt, wie möglich und so viel Staat, wie nötig. Derzeit scheinen mir einige Politiker diese Grundsätze nicht zu kennen und steuern auf eine nicht mehr soziale, sondern sozialistische Form der Marktwirtschaft zu“, erläutert Eder.

Eder schilderte ihre – durchaus positiven – Erfahrungen aus dem Schulalltag, betonte jedoch auch,

dass besonders aufgeschlossene und gut ausgebildete Lehrkräfte die junge Generation begeistern und lebensnahe Finanzbildung vermitteln können.

Professor Kolev, der aus Berlin zugeschaltet war, erläuterte seine finanzhistorischen Texte aus dem Magazin „ZEITgeschichte“ und reichte das im Magazin „Wohlstand für alle“ erschienene Zwiegespräch mit der Kapitalismuskritikerin Ulrike Hermann mit Hintergrundinformationen an.

Eine wichtige Erkenntnis der Diskussionsrunde war, dass die Soziale Marktwirtschaft auch für die junge Generation spannend ist, wenn die wirtschaftlichen Zusammenhänge von engagierten Persönlichkeiten vermittelt werden, so Waltraud Eder.

Prof. Kolev betonte, dass unsere Wirtschaftsordnung die Basis für Freiheit und Wohlstand darstellt und plädierte für eine „zivilisierte Provokation“ und eine friedliche, aber bestimmte Auseinandersetzung für unser erfolgreiches aktuelles Markt- und Sozialmodell im Sinne von Ludwig Erhard. Es ist ein „Versöhnungs“modell.

Edmund Pelikan, Waltraud Eder

Abschlussveranstaltung der

QUALITÄTSOFFENSIVE LEHRERBILDUNG

in Berlin

Nach 10-jähriger Projektlaufzeit endete mit dem 31.12.2023 das 500-Millionen-Euro-Projekt „Qualitäts-offensive Lehrerbildung“ (QLB) mit einer Abschlussveranstaltung in Berlin. Für den Deutschen Lehrerverband (DL) nahm der Stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), Bernd Bischoff, am Kongress teil. Sein Resümee ist zweigeteilt.

In der ersten Förderphase beteiligten sich 85 Hochschulen mit 133 Projekten. Im Jahr 2018 beschlossen Bund und Länder, die Initiative ab 2020 um neue Förderschwerpunkte wie „Digitalisierung in der Lehrerbildung“ und „Lehrerbildung für die beruflichen Schulen“ zu erweitern. Von März 2020 bis Ende 2023 sind insgesamt 91 Projekte von 72 Hochschulen durch das Programm mit einer Gesamtsumme von bis zu 500 Mio. Euro durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert worden.

PROGRAMMGRUNDLAGEN

Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ wurde seit 2015 von Bund und Ländern unterstützt, um Reformen in der Lehrkräftebildung voranzutreiben. Alle in der Lehrerausbildung tätigen Hochschulen in Deutschland konnten Förderkonzepte für die Initiative einreichen, in denen sie Verbesserungen in der Lehramtsausbildung, Profilstärkung und nachhaltige Sicherung der Prozesse darlegen sollten.

THEMEN

Das Förderprojekt „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern widmete sich der umfassenden Verbesserung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in Deutschland. Alle Hochschulen, die Teil der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ sind, setzen Maßnahmen zur Optimierung der Strukturen der Lehrkräftebildung um und betreiben Forschung in diesen zentralen Handlungsfeldern:

- Profilierung der Lehrkräftebildung an den Hochschulen
- Verbesserung der Praxisbezüge im Lehramtsstudium
- Beratung und Begleitung der Studierenden
- Heterogenität und Inklusion
- Fachwissenschaften, Fachdidaktik und Bildungswissenschaften
- Digitalisierung in der Lehrkräftebildung
- Lehrkräftebildung für die beruflichen Schulen
- Forschung in der Lehrkräftebildung
- Berufsbild Lehrerin | Berufsbild Lehrer

PROJEKTAUSWAHL

Die Auswahl der Projekte erfolgt durch ein Auswahlgremium, bestehend aus Experten aus Wissenschaft, Studierendenschaft, schulpraktischer Professionalisierung sowie Vertretern des Bundes und der Länder. Die Nachhaltigkeit der Maßnahmen wurde besonders dadurch betont, dass die Hochschulen nachweisen mussten, dass sie die erreichten Strukturen und Fortschritte auch nach der Förderung beibehalten können.



Universitäten und Regionen in Deutschland mit QLB-Projekten, interaktive Karte auf der Projektseite der Qualitätsoffensive Lehrerbildung

DIE ERFOLGE DES QLB-PROGRAMMS

Prof. Dr. Manfred Prenzel, Universität Wien, stellt in seinem Eröffnungsvortrag heraus, dass die Länder die Abschlüsse und Studienleistungen in Lehramtsstudiengängen nun gegenseitig anerkennen. Aber auch die Unileitungen nehmen die Lehrerbildung mittlerweile anders wahr. Die für die Lehrerbildung zuständigen Stellen wurden als koordinierende Stellen vielmals gestärkt, haben neue Rollen bekommen und das Aufgabenspektrum durch zusätzliche Ressourcen erweitern können. Neue Veranstaltungskonzepte sowie Austauschformate über die Standorte hinweg wurden ausprobiert, Materialien gegenseitig angeboten und zugänglich gemacht.

DIE OFFENEN THEMEN

Während oft die Bildungswissenschaft und die Fachdidaktiken gut zusammenarbeiten, konnten nicht überall die Fachwissenschaften so stark ins Boot geholt werden, wie gewünscht und beharren auf ihrem starken Gewicht bei der Ausbildung der angehenden Lehrkräfte. So gibt es noch vielfältige Möglichkeiten der Verzahnung mit der 2. Phase der Lehrerausbildung in vielfältigen Modellen, wobei Prof. Prenzel jedoch die Bereitschaft der Schulen und Seminare nicht sieht. Den Einstieg in Fortbildungen für die 3. Phase der Lehrerausbildung wird an den Unis hingegen nur bedingt als eigene Aufgabe wahrgenommen.

Ergänzt wurde die Liste offener Punkte durch Prof. Dr. Katja Koch, Universität Braunschweig, die bemängelt, dass Lehrkräftebildung nur selten mit Forschung verknüpft ist, das Einwerben von Drittmittel für die Universität jedoch in der Regel an Forschungsprojekten hängen. Dies verursacht einen strukturellen Nachteil für die Lehrkräfteausbildung, die damit nicht an der Schwerpunktsetzung der Universitäten beteiligt ist.

FORTSETZUNGEN DER QLB

Wie die QLB fortgesetzt werden könnte, zeigte sich schon an den weiteren Teilnehmern der Podiumsdiskussion in Berlin. Der Kompetenzverbund „lernen:digital“ war ebenso anwesend, wie die Forschungsverbünde „SchuMaS – Schule macht Stark“ und „LemaS – Leistung macht Schule“, wobei letzteres mit dem Schuljahr 2023/24 bereits in die zweite Phase, die Transferphase, geht. Die Ziele und Möglichkeiten dieser Projekte sind im nebenstehenden Infokasten dargestellt.

RESÜMEE

Auf der Abschlussveranstaltung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung gab es sehr interessante Einblicke in spannende, innovative, neue, digitale und analoge Projekte. Sie zeigten deutlich, dass Lehrerbildung im Wandel ist, dass neue Konzepte erforderlich sind. Dies könnte helfen, den Lehrkräften das Rüstzeug an die Hand zu geben, die aktuellen Probleme in Schule und Unterricht besser angehen zu können. Hier ist eine deutlich bessere Schwerpunktsetzung auf den Fachdidaktiken und Erziehungswissenschaften möglich. Gleichzeitig könnten all diese Projekte für die Lehramtsstudentinnen und -studenten an den Universitäten eine bessere Sichtbarkeit und ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Universität und untereinander bewirken. Auch die zweite und dritte Phase der Lehrerausbildung könnte profitieren. Wären es doch möglich, Aus-, Fort- und Weiterbildung auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen und sich einer Deprofessionalisierung entgegensetzen.



Intensive Gespräche über Erfolge, Projekte und zukünftiger Fortführung auf den Marktplätzen

Kompetenzverbund
lernen:digital



Der Kompetenzverbund lernen:digital, gegründet 2023, will die Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis im Bildungsbereich stärken. Ziel ist die Modernisierung der Lehrkräfteausbildung mit Fokus auf digitalen Methoden. Die Zusammenarbeit von 22 Landesinstituten mit der Transferstelle sollen den Wissenstransfer fördern. Die dreijährige Projektlaufzeit soll als Impulsgeber dienen, Veränderungen anstoßen und die digitale Bildung vorantreiben. Die zentrale Herausforderung besteht im erfolgreichen Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis.

SchuMaS
Schule macht stark



Die Ziele des Projekts umfassen die gemeinsame Entwicklung von Schulen in sozial herausfordernden Lagen über fünf Jahre, die (Weiter-)Entwicklung effektiver Schul- und Unterrichtsansätze sowie die Begleitung der strategischen Entwicklung der Schulen. Im Fokus stehen die Steigerung von sprachlichen und mathematischen Kompetenzen, Lernmotivation und sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler.

Die vier thematischen Handlungsfelder des Projekts sind die Weiterentwicklung des Unterrichts, die gezielte Qualifizierung des pädagogischen Personals, die Weiterentwicklung von Schulen als Organisationen sowie die Förderung von außerschulischem Lernen und Unterstützung im sozialen Umfeld.

Lemas
LEISTUNG macht SCHULE



„Leistung macht Schule“ ist ein Forschungsprojekt mit dem Ziel, (potenziell) leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu identifizieren und zu fördern. Es untersucht den Zusammenhang zwischen begabungsförderndem und leistungsorientiertem Unterricht in verschiedenen Fächern sowie die Wechselwirkung zwischen Unterrichts- und Schulentwicklung. LemaS besteht aus 22 Teilprojekten, die in den vergangenen fünf Jahren Konzepte, Strategien und Materialien entwickelten. In der aktuell laufenden, fünfjährigen zweiten Phase von LemaS, LemaS-Transfer werden nun die Konzepte auf weitere Schulen ausgerollt.



Prof. Dr. Manfred Prenzel und Prof. Dr. Katja Koch blicken auf zehn Jahre QLB zurück



Interessante Einblicke für die Teilnehmer anderer Universitäten in die unterschiedlichen Projekte auf den verschiedenen Messen und Marktplätzen an beiden Tagen

Doch für dieses Szenario reicht das eingesetzte Geld von 500 Millionen Euro bei weitem nicht aus. Die einzelnen Projekte sind in den allermeisten Fällen regional auf genau eine Universität begrenzt. Ob man von der QLB als Studentin oder Student profitiert hat, hängt davon ab, ob die eigene Universität teilgenommen hat, ob das Projekt entsprechend beworben wurde, ob es in den eigenen Fächerkanon passt und ob man auch genügend eigene zeitliche und universitäre personelle Ressourcen während eines Studiums in Coronazeiten gefunden hat. Dass die zweite und dritte Phase der Lehrkräfteausbildung von der QLB nicht profitiert hat, liegt – so die Aussage auf der Veranstaltung mit 500 Universitätsvertretern und gerade einmal zehn Vertretern von Schulen und Lehrerverbänden – an den Schulen und den Ministerien. Wie wichtig die Integration in die Fortbildung ist, verdeutlichte man sich an diesem Bild: Mit rd. 6 Jahren wissenschaftlichem Studium und Ausbildung sollen die Lehrkräfte 40 Jahre unterrichten. Wie stark sich in dieser Zeit die Welt verändert, kann man an den

Lehrkräften ablesen, die gerade 20 oder mehr Jahre im Dienst sind. Ausgebildet in einer analogen Welt stemmten sie eine Coronapandemie mit digitalen Werkzeugen, besuchten Fortbildungen und erarbeiteten sich Werkzeuge und bastelten Erklärvideos. Learning by Doing. Doch wo ist die wissenschaftliche Grundlage? Das QLB-Projekt hätte das Zeug dazu haben können, wenn Bildung wertvoller wäre.

Bernd Bischoff

Abschließende Podiumsdiskussion mit Katharina Günter-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Berlin, Präsidentin der KMK, Prof. Dr. Cornelia Gräsel, Bergische Universität Wuppertal, Vorsitzende im Auswahlgremium der QLB, Prof. Dr. Katharina Scheiter, Universität Potsdam, Leiterin der Transferstelle „Kompetenzverbund lernen:digital“, Prof. Dr. Kai Maaz, Geschäftsführender Direktor des DIPF, Leiter des Forschungsverbunds „Schule macht stark“ und Prof. Dr. Gabriele Weigand, Leiterin des Forschungsverbunds „LemaS“



AUS DEN LÄNDERN

→ **NORDRHEIN-WESTFALEN**

Zwischenbilanz mit vielen Fragezeichen

Die vermeintlichen Erfolge des „Handlungskonzepts Unterrichtsversorgung“ der NRW-Landesregierung sind teuer erkauft. Nämlich durch weiter wachsenden Druck auf Bestandslehrkräfte.

NRW-Schulministerin Dorothee Feller hat im Oktober 2023 die ersten Ergebnisse des „Handlungskonzepts Unterrichtsversorgung“ vorgestellt, mit dem die Personalsituation an Schulen in Nordrhein-Westfalen verbessert werden soll. Aus Sicht des Ministeriums kommt man Schritt für Schritt voran, aus meiner Sicht bleiben insbesondere die dienstrechtlichen Maßnahmen jedoch höchstproblematisch.

Mit drei Zahlen belegte die Ministerin, dass ihre Anstrengungen Wirkung zeigen würden:

- Seit April 2023 hat es 205 Abordnungen mehr an die Grundschulen im Land NRW gegeben.
- 510 Lehrkräfte weniger arbeiten in voraussetzungsloser Teilzeit als noch im April 2023.
- Die Grund- und Förderschulen haben bereits 697 Alltagshelferinnen und Alltagshelfer seit Beginn des Schuljahres eingestellt.

TEUER ERKAUFTE ERFOLGE

Aus meiner Sicht sind diese Ergebnisse differenziert zu betrachten. Dass innerhalb so kurzer Zeit eine so hohe Anzahl an Alltagshelferinnen und Alltagshelfern für den Schuldienst gewonnen wurde, ist zweifelsohne ein echter Erfolg. Daneben stehen aber auch vermeintliche Erfolge wie die Erhöhung von Abordnungen oder die Rückgänge bei der voraussetzungslosen Teilzeit, die teuer erkauft sind – nämlich mit einem Attraktivitätsverlust des Lehrberufs und einer unvermindert hohen Arbeitsbelastung der Bestandslehrkräfte. Insofern gehört es meiner Meinung nach zu einer ehrlichen Bestandsanalyse, auch zu

erheben, wie viele Lehrerinnen und Lehrer zum Beispiel in die Teildienstfähigkeit flüchten oder sogar in die Kündigung beziehungsweise vorzeitige Zuruhesetzung.

BEÄNGSTIGENDE ZAHLEN

Am 12. Oktober 2023 hat das Schulministerium auf eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion geantwortet, in der es um die Zahl der Lehrkräfte ging, die zum 1. September 2023 in Teilzeit arbeiten. Es waren 73.326. Laut Bericht der Aachener Zeitung vom 19. Oktober lag diese Zahl damit um mehr als 3.500 über dem Vorjahreswert. Und bereits im Frühjahr hatte der WDR darüber berichtet, dass Kündigungen beim Schulpersonal deutlich zugenommen hätten: „Fast achthundert Jobaussteiger an Schulen hat es im Jahr 2022 gegeben. Darunter war auch pädagogisches Fachpersonal wie Sozialpädagogen, aber 286 Kündigungen kamen von verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern. Insgesamt hat sich die Zahl der Kündigungen damit innerhalb von zehn Jahren fast verdreifacht.“ Die Vermutung liegt nahe, dass wachsender Druck und steigende Belastungen die Kolleginnen und Kollegen in die Teilzeit oder gar in die Kündigung getrieben haben. Für mich lautet die Konsequenz: Nur durch Absenkung des Drucks und eine spürbare Entlastung wird es uns gelingen, die Mangelsituation an unseren Schulen zu beseitigen. Anreize und Freiwilligkeit sind das Gebot der Stunde.

GEFAHR DER ÜBERFORDERUNG

Unter den genannten Aspekten sind die Beschränkungen bei der voraussetzungslosen Teilzeit das völlig falsche Signal. Wer die Kolleginnen und Kollegen gegen ihren

Willen in die Vollzeit drängt, erhöht den Druck massiv und somit die Gefahr der Überforderung. Wenn diese Menschen dann in die Krankheit fallen, hat das System Schule nicht nur nichts gewonnen, sondern auch noch das wertvolle Deputat einer Teilzeitkraft verloren. Teilzeit an Schule ist vergleichsweise unattraktiv, denn in der Regel sinken mit der Unterrichtsverpflichtung die außerunterrichtlichen Dienstpflichten nicht proportional. Will heißen: Menschen, die in die Teilzeit gehen, haben dafür meist gute Gründe (z.B. den Wunsch, bis zur Pensionierung im Schuldienst zu verbleiben), auch wenn die Teilzeit offiziell „voraussetzungslos“ ist.

MUT ZUR UMKEHR

Laut Schulministerium hat sich die Zahl der Lehrkräfte in voraussetzungsloser Teilzeit von 13.744 um 510 auf 13.234 verringert. Wie viele Stunden Unterricht mehr dadurch erteilt werden, ist aber nicht kommuniziert worden. Die Beschränkungen haben aber auch dazu geführt, dass etliche Kolleginnen und Kollegen gesundheitliche Gründe für die Reduzierung ihres Deputats geltend gemacht haben. Die Bezirksregierungen haben diese Angaben in der Regel amtsärztlich überprüfen lassen und in nicht wenigen Fällen ist eine begrenzte Dienstfähigkeit festgestellt worden. Diese „Teildienstfähigkeiten“ stellen für das Land eine teure Lösung dar, da ein Zuschuss zum Teilzeitgehalt gewährt werden muss. Geld, das an anderer Stelle für Investitionen in die Bildung fehlt. Am Ende bleibt für mich nur die Hoffnung, dass die aufgezeigten Verwerfungen auch dem Ministerium die Augen öffnen. Und dann braucht es nur noch den Mut, eine kontraproduktive Maßnahme zurückzunehmen. Das würde auch den Lehrberuf für künftige Generationen wieder attraktiver machen.

Sven Christoffer

→ RHEINLAND-PFALZ

Online-Befragung unter Lehrkräften: „So kann es nicht weitergehen!“



Gegen Ende des vergangenen Jahres hat der VRB die Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zur Teilnahme an einer Online-Umfrage eingeladen mit dem Ziel, Belastbarkeitsgrenzen und Veränderungen des Arbeitsalltags zu ermitteln.

Die Ergebnisse verdeutlichen die hohe Unzufriedenheit der Lehrkräfte mit den gegebenen Arbeitsbedingungen. Der Grundtenor ist: „So kann es nicht weitergehen!“ Die Umfrageergebnisse unterstützen den VRB im Diskurs mit politischen Entscheidungsträgern, konkrete und unmittelbare Veränderungen einzufordern.

Die Ergebnisse der acht Items wurden von den Professoren Dr. Dollase und Dr. Fees bewertet und kommentiert. Die Folgerungen des VRB sind in Form eines Forderungskataloges formuliert, der sich an die politischen Verantwortlichen richtet. Die genaue Analyse ist auf der Verbandswebseite einsehbar.

AUS DEN ERGEBNISSEN DER VRB- LEHRKRÄFTE-UMFRAGE LEITEN SICH DIESE ZEHN FORDERUNGEN AB:

1. Unterstützung und Wertschätzung der Lehrkräfte durch Politik und Gesellschaft
2. Förderung der Lehrergesundheit
3. Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Schuldienst
4. Abbau der ständig steigenden Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte und Schulleitungen
5. Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen durch Bürokratieabbau sowie Einsatz von multiprofessionellen Teams

6. Steigerung der Attraktivität von Studium und Ausbildung
7. Verbesserung der Unterrichtsversorgung durch Erhöhung der Einstellungszahlen von Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal
8. Ausweitung der äußeren Differenzierungsangebote und individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler
9. Anpassung der schulischen Rahmenbedingungen an die Bedürfnisse einer zeitgemäßen Schule
10. Verbesserung der digitalen Infrastruktur und des technischen Supports

Bernd Karst

→ SAARLAND

„Startchancen-Programm“ für Brennpunktschulen – Der VRB sieht noch Nachbesserungsbedarf

Nun ist das „Startchancen-Programm“ zur Unterstützung von Brennpunktschulen in ganz Deutschland aufgelegt worden. Als nunmehr wichtigstes Bildungsprojekt beschlossen, sollen zwanzig Milliarden Euro für rund viertausend Schulen innerhalb von zehn Jahren zur Verfügung stehen.

Erstmalig werden Schulen durch die Länder nach einem „Sozialindex“ ausgesucht, die u. a. Förderbudget erhalten können, um multiprofessionelle Teams aufzubauen, weiterhin sollen sie in autonomer – schulinterner – Verwaltung Förderprogramme aufbauen und somit Schüler besser erreichen, die weitergehende Hilfen brauchen. Ziel soll die Halbierung der Zahl der Schüler sein, die in Mathematik und Deutsch die vorgegebenen Mindeststandards nicht

erreichen. Auch sollen Baumaßnahmen finanziert werden.

KANN NUR EIN ANFANG SEIN

Auf den ersten Blick klingt es gut, dass sogenannte Brennpunktschulen Unterstützung unterschiedlichster Art erhalten, so Karen Claassen vom VRB Saarland. Für einen Anfang in Richtung Verbesserung unserer Bildungsmöglichkeiten ist es sicher auch erwähnenswert. Jedoch sind wir nicht euphorisch, denn schon jetzt ist klar, dass das „Chancenbudget“ nicht reichen wird. In Deutschland gab es 2022/23 laut Statista 32.666 Schulen. Davon werden nun nur die Schulen unterstützt, die es am nötigsten brauchen. Da können diese zwanzig Milliarden nur ein Anfang sein.

Ein Aspekt, der sehr schwer wiegen wird, ist die angestrebte, notwendige Rekrutierung von Fachpersonal. Überall herrscht Fachkräftemangel und der Auf- und Ausbau multiprofessioneller Teams geht über Manpower. Wer investiert hier Zeit und stellt Auswahlkriterien auf? Personalmanagement ist hoch sensibel. Wie bekommt man Fachkräfte an einen Arbeitsplatz, der in den letzten Jahren massiv unter mangelnder Wertschätzung und gesellschaftlicher Anerkennung gelitten hat?

SELBSTVERWALTUNG ERZEUGT MEHRAUFWAND

Es klingt verlockend, ein Budget selbstverwaltend einsetzen zu können, um Förderungen zu finanzieren. Das dafür vorgegebene Ziel wirkt für praxiserfahre-

ne Lehrkräfte eher abschreckend, da die Zielvorgabe perspektivisch unerreichbar scheint. Ganz nebenbei wird sicher der dafür auch zu dokumentierende Evaluationsprozess sehr viel Zeit kosten. Vorzubereitende Gespräche, pädagogische Tage, Konferenzen, Vergleichsarbeiten, Erstellung von Konzepten und noch weitere Aufgaben werden auf die ausgesuchten Schulen zukommen. Wie sollen hier die

Lehrkräfte entlastet werden, um die neuen Aufgaben erledigen zu können? Selbstverwaltung kann hier gut klingen, bedeutet aber auch ein Abwälzen von Verantwortung auf die Lehrkräfte in den Schulen, die schon seit langer Zeit immer mehr be- und überlastet sind. Hier wäre der Einsatz von wesentlich mehr Lehrpersonal notwendig, jedoch ist der Lehrermangel auch im Saarland spürbar und es wird perspektivisch

nicht besser. Der VRB appelliert an alle Verantwortlichen im Bildungsbereich, die Belastung und bestehende Überlastung der Lehrkräfte an Schulen wahrzunehmen, um sinnvolle Entlastungen zu schaffen, damit neue Aufgaben nicht zu Bollwerken werden.

Karen Claassen

→ SACHSEN

Erwartungen an die Arbeitszeitstudie des SMK

Anlässlich der vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus für das Schuljahr 2024/2025 geplanten Arbeitszeitstudie bekräftigt der Sächsische Lehrerverband seine Erwartungen an die Politik. Die anstehende Studie ist eine Chance, die Anliegen der sächsischen Lehrkräfte und die Herausforderungen an den Lehrerberuf in den Fokus zu rücken. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass die Interessen aller Beteiligten gewahrt bleiben.

„Der SLV sieht die Arbeitszeiterhebung positiv und als Schritt in die richtige Richtung. Wir wissen, dass in den letzten Jahren viele zusätzliche Aufgaben auf uns Lehrkräfte zugekommen sind, ohne dass eine öffentliche Diskussion über die Arbeitszeit geführt wurde. Der Begriff der Dienstaufgaben der Lehrkräfte lässt sich nicht endlos dehnen. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt“, erklärt René Michel, stv. Landesvorsitzender und Mitglied im Expertengremium zur Studie.

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG DER STUDIE

Ziel der Studie ist es, die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften zu verbessern, indem die tatsächliche Arbeitsbelastung unter die Lupe genommen wird. Dabei wird nicht nur die Unterrichtserteilung untersucht, sondern alle unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Tätigkeiten von Lehrkräften und Schulleitungen. Im Mittelpunkt steht die langfristige Sicherung der Unterrichtsversorgung und -qualität. Im Schuljahr 2024/2025 wird die Studie mit einer repräsentativen Stichprobe von rund 4.000 Lehrkräften, stellvertretenden Schulleitungen und Schulleitungen aller Schularten durchgeführt. Die Teilnahme an der Untersuchung ist verpflichtend, anonym und unentgeltlich.

Ein innovativer Ansatz, der sich von bisherigen Studien unterscheidet, ist die Zufallsauswahl der teilnehmenden Lehr-

kräfte und Schulleitungen, dass sich die Arbeitszeiterfassung über ein gesamtes Schuljahr erstreckt und dass die objektive Zeiterfassung mit subjektiven Einschätzungen von Belastungsfaktoren kombiniert wird.

KRITISCHE PUNKTE

Als Interessenvertretung der sächsischen Lehrkräfte sieht es der SLV als seine Aufgabe an, diesen Prozess kritisch zu hinterfragen und darauf zu achten, dass die Belange der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden. Die SLV legt großen Wert darauf, dass die Auswahl der Lehrkräfte repräsentativ ist und die Vielfalt der Schularten und Regionen angemessen berücksichtigt wird. Die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen adäquat widerspiegelt werden.

Die Langzeitbetrachtung der Arbeitszeit ist positiv zu bewerten, der SLV wird jedoch darauf achten, dass die unterschiedlichen Phasen des Schuljahres, wie z. B. intensive Vorbereitungszeiten und Prüfungsphasen, in der Untersuchung angemessen berücksichtigt werden.

Das Einfließen von Stressfaktoren ist wichtig, aber es muss darauf geachtet werden, dass subjektive Einschätzungen objektiv vergleichbar sind. Datenschutz ist ein weiterer wichtiger Punkt, der sorgfältig geprüft werden muss, um persönliche Daten zu schützen.

FORDERUNGEN DES SLV

Der SLV erwartet, dass jegliche Schlussfolgerungen und daraus resultierende Maßnahmen erst nach einer umfassenden Auswertung der Arbeitszeitstudie gezogen werden. Vorgriffsstunden sind zu vermeiden, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse der Studie als Grundlage für jegliche Entscheidungen dienen.

Die Neugestaltung der Arbeitsbedingungen und -zeiten sollte mit größter Sorgfalt und unter Berücksichtigung der vielfältigen Anforderungen an die sächsischen Lehrkräfte erfolgen. Der SLV plädiert für ein behutsames und durchdachtes Vorgehen, das die individuellen Bedürfnisse und Herausforderungen angemessen berücksichtigt.

Unabhängig von politischen Veränderungen nach der Landtagswahl fordert der SLV eine kontinuierliche Neuausrichtung und Optimierung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte. Eine mögliche politische Neuordnung darf nicht zum Anlass genommen werden, die laufenden Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzustellen. Die Bedürfnisse der Lehrkräfte müssen unabhängig von politischen Veränderungen kontinuierlich im Fokus bleiben.

WIE GEHT ES WEITER?

Die Vorbereitungsphase hat bereits begonnen, die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die technischen Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. In der Feldphase im Schuljahr 2024/2025 werden die Arbeitszeiten erhoben, begleitet von Befragungen zum Belastungsempfinden.

Diana Grille, René Michel

Das Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder (TV-L)

Nach Wochen der Blockade durch die Arbeitgeber konnte in der 3. Verhandlungsrunde ein Durchbruch erzielt werden, der den Beschäftigten der Länder kurz vor Weihnachten ein Tarifergebnis „beschert“, das nach langem Ringen weitgehend dem Niveau des Abschlusses für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen mit anschließender Schlichtung entspricht. Dass dies in einer aktuell derart politisch schwierigen Lage gelungen ist, kann als großer Erfolg der Verbände und Gewerkschaften gewertet werden, die mit einer seit vielen Jahren nicht mehr gesehene breiten Unterstützung in Form zahlreicher Streikmaßnahmen ihren Unmut deutlich und öffentlichkeitswirksam kundgetan haben.

Das Ergebnis in Kürze im Detail

- a) Inflationsausgleichsprämie: (steuer- und sozialabgabenfrei)
 - 1.800,- € sofort
 - je 120,- € von Januar bis Oktober 2024
- b) Sockelbetrag:
 - 200,- € zum 1. November 2024
- c) prozentuale Entgelterhöhung
 - 5,5% zum 1. Februar 2025

Mit diesem Tarifergebnis wurde ein weiteres Auseinanderdriften der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den verschiedenen Gebietskörperschaften (Bund und Kommunen, Länder) verhindert. Die Gefahr, dass dadurch Attraktivitätsvorteile auf der einen oder anderen Seite zu Abwanderungen bzw. Abwerbeversuchen führen könnten, wird dadurch vermieden. Ziel kann es nur sein, dass die wesentlichen Bedingungen im gesamten öffentlichen Dienst vergleichbar und möglichst einheitlich ausgestaltet werden.

Ein Konkurrenzkampf innerhalb des Systems kann sich der Staat in Zeiten des allgemeinen Fachkräftemangels

wirklich nicht leisten. Statt dessen kann es doch nur darum gehen, als Arbeitgeber bei der Personalgewinnung im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft zu bestehen.

Ein Gewinn für Beschäftigte

Die Inflationsausgleichsprämie wurde im gesetzlich verankerten Rahmen vollends ausgeschöpft. Da diese steuer- und abgabenfrei gezahlt wird, also „brutto für netto“, ist sie in ihrer betragsmäßigen Wertigkeit ein erheblicher Gewinn für die Beschäftigten. Insofern ist diese Prämie, die sich von der Idee her betrachtet auf die Phase des rasanten Preisanstiegs in Folge der weltpolitischen Krisen mit ihren ökonomischen Folgewirkungen bezieht, eine echte und wirkungsvolle Kompensation, auch wenn sie jetzt erst als verspätete Zahlung die Beschäftigten erreicht.

Mit dem Sockelbetrag von zweihundert Euro für alle Beschäftigten wird anschließend das Niveau der gesamten Entgelttabelle angehoben, d.h. für alle Entgeltgruppen. Damit trägt dieser Tarifvertrag zum einen der Tatsache Rechnung, dass der öffentliche Dienst seine Anschlussfähigkeit an die Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft sicherzustellen hat, zum anderen, dass die höheren Lebenshaltungskosten das Budget der Verbraucher nach wie vor belasten.

Darüber hinaus wird das dann erreichte Entgelt zum 1. Februar 2025 um 5,5 Prozent über alle Entgeltgruppen hinweg erhöht. Und das bei einer gesamten Laufzeit des Tarifvertrags von 25 Monaten. Und dies alles im wesentlichen in einem weitgehenden Gleichklang mit dem Tarifvertrag für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen aus dem Frühjahr dieses Jahres.

Dass dieser Tarifvertrag überhaupt so gelungen ist angesichts der massiven Haushaltskrise nicht nur des Bundes, sondern auch so mancher Bundesländer, war von vornherein nicht zu erwarten. Schließlich waren für manche Bundesländer, die vergleichbare „Sondervermögen“ in ihrem Haushalt gebildet hatten, die finanziellen Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts noch nicht absehbar. Und klar war auch nicht, wie der Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), als Verhandlungspartner der Verbände und Gewerkschaften damit umgehen würde.



**MEIN
IT-KOFFER**
immer parat.

PARAPROJECT®



Jetzt entdecken auf
www.parat.de

PARAT®
DER IT-KOFFER

Breite Unterstützung der Öffentlichkeit

Letztendlich hat aber auf Seiten der TdL die Einsicht obsiegt, dass die aktuelle personelle Situation in allen Branchen des öffentlichen Dienstes keine andere Wahl ließ, auch beim Entgelt als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Die Demonstrationen und Streikaktionen der Verbände, vor allem auch

innerhalb des dbb, taten ihr übriges und waren bei den nicht mehr zu übersehenden Problemen von einer nie da gewesenen Solidarität untereinander geprägt. Und auch die Zahlen der Teilnehmer bei diesen Aktionen sprachen Bände. All das konnte von den Arbeitgebern nicht (mehr) ignoriert werden.

Ulrich Gräler

Kommentar: Zur Unzeit?

Tarifverhandlungen kommen immer zum falschen Zeitpunkt. Besondere Umstände lassen jedes Mal gewerkschaftliche Forderungen angeblich als völlig überhöht erscheinen, gelten als nicht „darstellbar“. Hinter dieser ritualisierten Rhetorik verbirgt sich aber vielfach schlichtweg Sorglosigkeit, Einfallslosigkeit oder Tatenlosigkeit, d.h. fehlender tarifpolitischer Gestaltungswille. So muss man die Haltung der Arbeitgeber verstehen, angesichts des Fachkräftemangels allein auf das Prinzip Hoffnung zu setzen.

In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes führt diese Haltung schon jetzt zu Funktionseinschränkungen. Beim Personalausfall der Bahn fährt der Zug schlichtweg nicht. Der Reisende kommt nicht weiter. Im Bildungsbereich führt dieser Mangel zu Unterrichtsausfall, den es bereits jetzt schon zu verzeichnen gibt. Bei Lehrermangel findet dann weniger Unterricht statt. Nicht mehr von der ersten bis zur sechsten Stunde, sondern nur noch bis zur fünften.

Dass die Arbeitgeber die Zeit bis zu den Tarifverhandlungen nicht genutzt haben, um weitere Schritte in der Ausgestaltung der Lehrentgeltordnung vorzubereiten, ist ein unverzeihliches Versäumnis. Ausbaden müssen dies die Schülerinnen und Schüler. Aber auch die Bestandslehrkräfte.

Dass die Arbeitgeber jetzt lediglich eine „Gesprächszusage“ darüber angekündigt haben, ist angesichts der weiter um sich greifenden Personalnot ein tarifpolitisches Armutzeugnis. Insbesondere, da fehlende Lehrkräfte derzeit zunehmend über den Seiteneinstieg in den Beruf gewonnen werden müssen. Und für diese die Lehrentgeltordnung von erheblicher Bedeutung ist.

Deshalb gilt nach dem Tarifabschluss für den Schulbereich bis dato: Mehrwert? Verwehrt. Verkehrt!

Ulrich Gräler



VDR-Vorsitzender
Neugschwender im
Kreise der
VDR Frauenvertretung



„Verbandsarbeit ist Kommunikation.“

Fachtagung der VDR Frauenvertretung

Vom 7. bis 9. März 2024 trafen sich die Frauenvertreterinnen der einzelnen Landesverbände des VDR im Hotel Fulda Mitte zu ihrer jährlichen Fachtagung. Unter dem Motto „Verbandsarbeit ist Kommunikation“ stand die Veranstaltung ganz im Zeichen von Vernetzung, Austausch und Fortbildung.

Nicole Weiß-Urbach, Vorsitzende der VDR-Frauenvertretung, begrüßte die Teilnehmerinnen und gab einen Überblick über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. Sie berichtete über ihre Teilnahme an verschiedenen Gremiensitzungen und Veranstaltungen, bei denen sie die Interessen der VDR-Frauen vertreten hat. Sie lobte die Teilnahme der Seminarteilnehmerinnen an den Regionalkonferenzen und warb für informative Veranstaltungen der dbb Frauen wie die Frauenpolitische Fachtagung zum Thema „Hinsehen, eingreifen, vorbeugen – Null Toleranz bei sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing“ im Juni 2023 in Berlin oder die dbb Jahrestagung „Starker Staat – Wehrhafte Demokratie“ im Januar 2024 und warb für die Teilnahme. Ihre

Stellvertreterin Saskia Tittgen stellte die Aktivitäten der VDR-Jugend vor.

Ein Schwerpunkt der Sitzung war das Thema Kommunikation. Ralf Neugschwender, Vorsitzender des VDR, betonte in seinem Vortrag die Bedeutung der Kommunikation für die Verbandsarbeit. Er stellte das Gremien-Netzwerk des VDR vor und hob den erfolgreichen Auftritt des Verbandes auf der didacta 2024 hervor. Neugschwender warb für eine engere Zusammenarbeit der Landesverbände und nannte die aktuellen Zukunftsthemen Berufsorientierung, Berufseinstieg, Führungsqualifizierung, Demokratiebildung und Digitalisierung. Er mahnte eine positive Zukunftsperspektive an, die die Attraktivität des Lehrerberufs steigere und verwies auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in der Bildung.

Michael Vetter, Radiosprecher, politischer Redakteur und Kommunikationstrainer, leitete ein Kommunikationsseminar. In seinem praxisorientierten Workshop vermittelte er den Teilnehmerinnen Techniken für eine effektive Kommunikation. Er stellte die Konsensrhetorik vor und betonte die

Wichtigkeit klarer Ziele und konstruktiver Gesprächsführung. Die einprägsamen Merksätze werden den Seminarteilnehmerinnen sicher im Gedächtnis bleiben. Vom mahnenden Slogan „Raus aus den Köpfen (der) anderen Menschen.“ gegen den Rechtfertigungsdruck bis hin zum Leitsatz „Habe einen Plan, sonst wirst du Teil des Plans eines anderen.“ für eine konstruktive und transparente Zielsetzung. Darüber hinaus stellte Michael Vetter mit der A.U.D.I.-Methode eine einfache und effektive Methode zur Zielfindung vor.

Anja Kurz referierte zum Thema „Sprache und Gender in der Schule – ein Sternchen spaltet die BRD“. Als Lehrerin möchte sie für die Bedeutung des Genders im Fach Deutsch und im Schulalltag sensibilisieren und Betroffenheit erzeugen. Sie beleuchtete die Genderdebatte aus sprachwissenschaftlicher und schulrechtlicher Perspektive und stellte verschiedene Formen des geschlechtergerechten Sprachgebrauchs vor. Die Seminarteilnehmerinnen wurden über den geschlechtergerechten Umgang mit den drei Formen des Genders der Benennung beider Geschlechter (z. B. „Lehrerinnen und Lehrer“), der Neutralisierung (z. B. „Lehrkräfte“) und des Genders mit Zeichen (z. B. Lehrer*innen) informiert. Anja Kurz empfahl die Benennung beider Geschlechter und die Neutralisierung im Schulbereich und forderte eine einheitliche und konsequente Regelung auf allen Ebenen.

restriktiv	eingeschränkt	zulässig
kein Gendern mit Zeichen	Gendern mit Doppelpunkt	Gendern mit beliebigen Zeichen
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Bayern, Hamburg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen	Saarland, Bremen, Baden-Württemberg	Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Thüringen

Die Tabelle zeigt die unterschiedliche Regelung in den Bundesländern. Es ist wichtig zu beachten, dass die Regelungen zum Gendern in den Bundesländern einem ständigen Wandel unterliegen. Die Tabelle stellt daher nur eine Momentaufnahme dar. Der Rat für Rechtschreibung hat sich gegen die Aufnahme des Gendersterns als reguläres Sprachzeichen in das amtliche Regelwerk ausgesprochen und dies damit begründet, dass Sonderzeichen innerhalb von Wörtern die Verständlichkeit, Lesbarkeit, Vorlesbarkeit und maschinelle Übersetzbarkeit sowie die Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Wörtern und Texten beeinträchtigen.

Die Fachtagung der VDR-Frauenvertretung 2024 war ein voller Erfolg. Zum einen wurde die Geschäftsordnung ver-

abschiedet zum anderen bot die Tagung den Teilnehmerinnen neben Fachvorträgen und Workshops auch die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung. In kollegialer Atmosphäre wurden aktuelle Herausforderungen im Berufsalltag und Bildungspolitik diskutiert und gemeinsam Lösungsansätze erarbeitet.

Nicole Weiß-Urbach lobte abschließend die konstruktive und harmonische Zusammenarbeit der Frauenvertreterinnen von Schleswig-Holstein bis Bayern. Die Teilnehmerinnen nehmen wertvolle Impulse und neue Erkenntnisse für die weitere Verbandsarbeit mit in ihre Landesverbände. Sie sind motiviert, sich weiterhin aktiv in die Verbandsarbeit einzubringen und die Interessen der Frauen zu vertreten.

Madeleine Helbig



Nicole Weiß-Urbach bedankt sich im Namen der VDR Frauenvertretung bei Ralf Neugschwender mit lokalen Köstlichkeiten

Anzeige

KLIMAHAUS BREMERHAVEN – ES GEHT UM DIE WELT!

Was hat unser Essverhalten mit Klimaschutz zu tun oder welchen Einfluss hat das Klima auf unsere Natur? Im Klimahaus Bremerhaven können sich Schüler:innen auf anschauliche und leicht verständliche Weise mit verschiedenen Aspekten der Themen Klima und Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Die einmalige Wissens- und Erlebniswelt stellt als außerschulischer Lernort eine optimale Ergänzung zum Klassenzimmer dar. Hier sind Unterrichtsthemen interaktiv und mit allen Sinnen erfahrbar.

Reisen bildet: Im Ausstellungsbereich „Reise“ erkunden die Schüler:innen die Welt. Anstatt schnöder Theorie erleben sie hier die Klimazonen der Erde hautnah. Sie spüren die trockene Hitze in der Wüste, erleben das Packeis in der Antarktis und fühlen das tropische Klima am Sandstrand von Samoa. Auf ihrer Reise entlang des 8. Längengrades erhalten sie Einblick in den Alltag der Menschen vor Ort und erfahren, welchen Einfluss das Klima auf deren Lebensweise hat.



© Pacini/Klimahaus (World Future Lab)

des Klimawandels greifbar. Lernende und Lehrende können hier in die Rolle der Klimaforscher schlüpfen und erfahren wie sich das Klima über Millionen von Jahren verändert hat und welchen Einfluss der Mensch hat.

In den „Perspektiven“ geht es um die Geschichte des Erdklimas und die Rolle des Menschen im Klimageschehen. In verschiedenen Zukunftsszenarien für das Jahr 2050 werden die Auswirkungen



Im „World Future Lab“ können die Schüler:innen ihre Zukunft gestalten und das Schicksal der Erde selbst in die Hand nehmen. In dem einzigartigen und interaktiven Spiel-, Lern- und Arbeitsbereich, steht das Thema Zukunftsfähigkeit im Zentrum der Vermittlung. Hier sind viel Kreativität, Strategie und Teamwork gefragt. Eine einmalige Spielidee bei der die Welt im Mittelpunkt steht.

In der „FROSTA-Kochschule“ im Klimahaus dreht sich alles um den Zusammenhang zwischen gutem Essen, Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Hier lernen Schulklassen, wie aus frischen und überwiegend regionalen Zutaten einfach und kostengünstig leckere und gesunde Gerichte entstehen. Sie beschäftigen sich mit der Herkunft und dem Anbau von Lebensmitteln und dürfen selbst aktiv werden: sie können schnippeln, brutzeln und den Kochlöffel schwingen. Zudem vermitteln die Kurse den Zusammenhang zwischen gutem Essen, Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Ausgezeichnet! Das Klimahaus wurde bereits mehrfach für die strukturelle Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung von der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgezeichnet.

TIPP: Zu den unterschiedlichen Ausstellungsbereichen gibt es Erkundungsbögen für jede Altersklasse und es werden betreute Programme zu verschiedenen Themen angeboten.

www.klimahaus-bremerhaven.de · Am Längengrad 8 · 27568 Bremerhaven · Tel.: 0471 902030-95 · E-Mail: info@klimahaus-bremerhaven.de



LÄNDERSPIEGEL

→ BAYERN



Ulrich Babl

Ob Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem, Verbesserung der Aufstiegschancen durch Stellenhebungen, Entlastung unseres Lehrpersonals durch Bürokratieabbau und Unterstüt-

zungskräfte, Leistungsbewertung durch Noten, Stärkung der Demokratiebildung, Bekämpfung des Antisemitismus oder mehr Fort- und Weiterbildung in Zusammenhang mit neuen Technologien wie KI: Zahlreiche bildungspolitische Forderungen des brlv wurden im Ende Oktober 2023 veröffentlichten neuen Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern berücksichtigt – ein Erfolg für die bayerische Realschulfamilie, die bayerische Wirtschaft und die bayerische Bildungslandschaft. Dennoch ergaben sich auch einige konkrete Fragen vor allem zur Ausgestaltung der „Verfassungsviertelstunde“, der Lehrkräftebildung und dem Thema Alltagskompetenzen. Zum Thema Verfassungsviertelstunde bezog der brlv in einer gesonderten Pressemeldung Stellung. Die Zusage, sich für die Planung der Verfassungsviertelstunde viel Zeit zu nehmen und frühestens zum Schuljahr 2024/25 mit einer Erprobungsphase zu starten, sei von entscheidender Bedeutung, so brlv-Vorsitzender Babl. Man nehme Staatsministerin Stolz beim Wort, wenn sie ihre Absicht bekundet, die Lehrkräfteverbände in die Konzipierung der Verfassungsviertel-

stunde einzubinden. Ein entscheidender Aspekt für den brlv sei zudem die Sicherung der Eigenverantwortlichkeit und Flexibilität der Schulen bei der Umsetzung.

Ursachenforschung

Vorsitzender Babl mahnte anlässlich des Tags der Bildung zu mehr Differenzierung bei der Bewertung der jüngsten PISA-Ergebnisse, aber auch zu konsequenter und schonungsloser Ursachenforschung. „Unser föderales Bildungssystem erlaubt eine Aufschlüsselung der Ergebnisse nach den 16 Bundesländern, und hier liegt Bayern in Bildungsstudien wie dem aktuellen IQB-Bildungstrend konstant an der Spitze“, betonte der brlv-Landesvorsitzende. Dennoch müssten nach der Ursachenanalyse schnell Antworten gegeben werden, denn PISA bestätige leider die im IQB-Bildungstrend erkennbare Tendenz, dass das Leistungsniveau insbesondere in den Fächern Deutsch und Mathematik bei Schülerinnen und Schülern auch in Bayern nachlasse.

Den Lehrkräftemangel bekämpfen, nicht verschärfen, forderte der brlv dann anlässlich der Gedankenspiele des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder zur Lehrer-Teilzeit. Diese seien kontraproduktiv, solange sie nicht auf Freiwilligkeit setzten, betonte Babl. Eine pauschale Eindämmung der Lehrkräfte-Teilzeit sei ein Attraktivitätskiller, so der brlv-Vorsitzende.

Zum UNESCO-Welttag der Bildung betonte der brlv die hohe Bedeutung von

Werte- und Demokratieerziehung für die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Man dürfe radikalen Gruppierungen nicht auf den Leim gehen, mahnte Babl.

Breites Bildungsangebot nicht begrenzen

Der Realschulabschluss ist ein USP – ein Alleinstellungsmerkmal, das Bildungsqualität sichert. Gleichzeitig stellte der brlv Ende Februar unmissverständlich klar, dass durch die Einführung einer 5. Jahrgangsstufe, der Eingangsstufe an der Wirtschaftsschule im Rahmen eines Schulversuchs zum neuen Schuljahr, das breite und individuelle Bildungsangebot an Realschulen, und zwar an keinem einzelnen Realschulstandort, begrenzt werden dürfe. Diese Aussage sei ausdrücklich gegeben worden, alles andere hätte fatale Folgen.

Neues Kooperationsmodell

Beim Thema Erstintegration von Schülerinnen und Schülern mit Flucht- und Migrationshintergrund forderte der brlv Ende Februar, das zuständige Personal entsprechend vorzubereiten und Anforderungsprofile zu definieren. Kultusministerin Stolz hatte ein neues Konzept vorgestellt, bei dem auf ein schulartübergreifendes Kooperationsmodell gesetzt werden soll.

→ HESSEN



Jörg Leinberger

Hessen startete in das Kalenderjahr 2024 mit einer neuen Landesregierung, die zugleich einen Koalitionsvertrag vorlegte, der wenig Überraschungen enthielt. Die größte dürfte jedoch sein, dass der Koalitionspartner der hessischen CDU – die SPD – sich zum vielgliedrigen, begabungsgerechten Bildungssystem bekannte. Kurzum: Hessen hält an der Differenzierung der Schularten fest und schwenkt nicht auf die Einheitschule um.

Der Aufreger, der hessenweit stark polarisierte, war aber, dass die Koalitionspapiere ein Verbot des Genderns mit Sonderzeichen festschrieb. Die Position kann der VDL Hessen jedoch dahingehend mittragen, dass es unabdingbar ist, dass die hessischen Schulen den Auftrag haben, jungen Menschen eine richtige Orthografie beizubringen. Gerade im Hinblick auf die

Ergebnisse der PISA-Studie und die hohe Zahl von geflüchteten Schülerinnen und Schüler soll die Schriftsprache so einfach wie möglich bleiben, damit unsere Kinder und Jugendliche sie zunächst erlernen können, bevor sie sich gesellschaftskritisch mit Sonderzeichenregelungen beschäftigen.

Vorbereitung auf die Personalratswahlen 2024:

Hessens Lehrkräfte wählen im Mai 2024 neue Personalratsgremien. Der VDL Hessen arbeitet im Rahmen der Gesamt- und Hauptpersonalratsarbeit zusammen mit dem Hessischen Philologenverband und dem Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen unter dem Dach des Deutschen Lehrerverband Hessen. Die heiße Phase hat bereits begonnen und das Bündnis hofft darauf, die guten Ergebnisse von 2021 wiederholen und ausbauen zu können.

Tarifrunde Hessen

Seit Februar verhandeln auch die Hessen einen neuen Tarifvertrag. Flankierend dazu hat der dbb Hessen zahlreiche Aktionen organisiert, am eindrucksvollsten hiervon war die Großdemonstration am 13. März 2024 mit mehreren tausenden Teilnehmenden. Auch der VDL Hessen war vertreten.

Veranstaltungen – im Rückblick und als Vorschau

Der VDL Hessen veranstaltete am 1. März 2024 eine Vortragsveranstaltung mit der WIPOG und Prof. Dr. Hartmut Esser in der IHK Frankfurt, welche mit über siebzig Anmeldungen aus allen Richtungen unserer Gesellschaft gut besucht war. Demnächst steht der Antrittsbesuch des VDL Hessen beim neuen hessischen Kultusminister Armin Schwarz an, bei dem erste bildungspolitische Schwerpunkte für die Zusammenarbeit gesetzt werden sollen. Aktuell laufen auch die Vorbereitungen für den 2. Hessischen Grundschultag, den der VDL Hessen am 28. September 2024 in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Grundschullehrerverband und der Universität Gießen ausrichten wird. Gerechnet wird mit ca. vierhundert Teilnehmenden, etlichen Ausstellern und rund dreißig Workshops und Vorträgen. Geplant sind für die nächsten Monate weiterhin diverse Webinare und Online-Veranstaltungen, aber auch Veranstaltungen zur Stärkung des Haupt- und Realschulabschlusses.

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

In einer Anhörung im Düsseldorfer Land-



Sven Christoffer

tag hat die stellvertretende Lehrkräfte NRW-Vorsitzende Sarah Wanders eine gravierende Schiefelage bei der Lehrkräftebesoldung kritisiert und die Landesregierung zur Korrektur aufgefordert. Im Sommer 2023 hat das NRW-Parlament endlich das Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung verabschiedet, das die schrittweise Anhebung der Einstiegsbesoldung der Lehrkräfte im Bereich der Primarstufe und der Sekundarstufe I nach A13 bzw. EG13 regelt. Doch gut gemeint ist nicht immer gut gemacht, wie die stellvertretende Lehrkräfte NRW-Vorsitzende Sarah Wanders am 27. Februar in einer Anhörung im Landtag deutlich machte: „Leider hat die Landesregierung sich nicht zu einer grundlegenden Reform der Lehrkräftebesoldung durchringen können. Statt die Besoldungsarchitektur komplett auf neue Füße zu stellen, hat man einen singulären Baustein innerhalb der Besoldungspyramide verändert, was zwangsläufig zu einer Schiefelage führt.“

Absurde Situation droht

Das Kernproblem: Die im Grundsatz richtige und überfällige Besoldungsanpassung klammert Beförderungs-, Funktions- und Leitungssämter sowie die in der Lehrkräfteausbildung tätigen Fachleitungen aus. Die Landesregierung hatte zwar angekündigt, diesbezügliche Besoldungsfragen zu prüfen, doch ein Ergebnis dieser Prüfung liegt bis heute nicht vor. So droht im Jahr 2026, wenn die stufenweise Besoldungsanpassung nach A 13 / EG 13 abgeschlossen ist, die absurde Situation, dass das Eingangssamt und das erste Beförderungssamt besoldungsgleich sind. Das hätte in der Praxis fatale Konsequenzen – insbesondere für kleinere Systeme wie Grund-, Haupt- und Realschulen, die meist nur über eine sehr dünn besetzte Führungsebene verfügen. Die Übernahme einer zusätzlichen Aufgabe im Rahmen einer Funktionsstelle oder eines Beförderungsamtes muss auch finanziell attraktiv bleiben. Andernfalls wird Schulentwicklung ausgebremst.

Eklatante Ungleichbehandlung der Fachleitungen beenden

Darüber hinaus muss die Landesregierung endlich die eklatante Ungleichbehandlung der Fachleitungen im Sekundarbereich I beenden, die bei gleicher Arbeit erheblich schlechter bezahlt werden als die Kolleginnen und Kollegen in der Sekundar-

stufe II. Deswegen sind in der Sek I immer weniger Lehrkräfte bereit, Fachleitungsstellen zu übernehmen. Gerade an dieser immens wichtigen Schnittstelle zwischen universitärer und schulpraktischer Lehrkräfteausbildung braucht es – auch im Hinblick auf die Sicherung der Bildungsqualität – mehr Wertschätzung und eine angemessene Bezahlung.

→ SACHSEN-ANHALT

Bereits Ende November 2023 führte der Sekundarschullehrerverband Sachsen-Anhalt e.V. seine planmäßige Mitgliederversammlung durch. Die Schwerpunkte dieser Veranstaltung waren die Wahl des neuen Vorstandes, Satzungsänderungen und bildungspolitische Aspekte in Sachsen-Anhalt. Zum ersten Mal tritt der Sekundarschullehrerverband nach erfolgreicher Wahl mit einer Doppelspitze im Landesvorsitz auf, gleichzeitig wurden ein neuer Kassenwart und der Geschäftsführer gewählt. Für den erweiterten Vorstand erfolgte die Ernennung der Frauenvertretung, der Seniorenvertretung, der Vertretung der jungen Lehrer, des Beauftragten für digitale Dienste. Mit dieser Wahl geht der SLV nun die nächsten zwei Jahre mit neuem Elan und Schaffenskraft ans Werk. Gleichzeitig bedankt sich der neue Vorstand für die geleistete Arbeit der unterschiedlichen Vorstandsmitglieder. Ebenso würdigte er die geleistete Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen und besonders die engagierte und oft ehrenamtliche Tätigkeit der Schulpersonalräte!

Nachwuchs für den Verband nicht die einzige Herausforderung

Die Arbeitsbereiche des neuen Vorstandes konzentrieren sich für die kommenden zwei Jahre auf den Versuch der Lösung der bisherigen aktuellen Probleme in der Bildungspolitik Sachsens-Anhalts: die Unterrichtsversorgung bzw. der Lehrermangel an den Sekundarschulen, die Arbeitssituation der Kolleginnen und Kollegen in überfüllten Klassenräumen, die Beschulung der ausländischen Schülerinnen und Schüler, der sogenannten Vorgriffsstunde, der flächendeckende Einsatz von Schulsozialarbeit und auch der Umgang und der Einsatz der sogenannten Künstlichen Intelligenz. Einer der größten Herausforderungen wird wohl aber in der Werbung neuer Mitglieder für den SLV sein, da immer mehr Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand wechseln und damit auch die Mitgliedschaft im Verband kündigen.

Bleiben wir bei der Beschulung von aus-

ländischen Schülerinnen und Schülern. Der Vorstand des SLV hat die Bemühungen des Landkreises Burgenlandkreis im Süden von Sachsen-Anhalt begrüßt, ukrainische Kinder in einer Extrabeschulung die deutsche Sprache zu lehren. Dazu sollen in Weißenfels an einer Schule 75 Kindern ab der 5. Klasse Deutschunterricht mit je fünf Unterrichtsstunden angeboten werden. Dies ist aus unserer Sicht der richtige Schritt in die richtige Richtung, obwohl dies natürlich auch nur den Tropfen auf

den heißen Stein ausmacht. Diese Beschulung birgt aber gleichzeitig eine große Anzahl noch ungelöster Probleme. Dies beginnt mit der inhaltlichen Ausgestaltung des Unterrichtes bis zur Organisation des Schülertransportes. Starten sollte dieses Projekt bereits am 1. März 2024, aber da dieser Termin bereits überschritten ist, ist es fraglich, wann das Projekt wirklich realisiert kann. Eine rasche Umsetzung wäre im Interesse der Schülerinnen und Schüler wünschenswert, da es eine echte Alter-

native zu derzeitigen Verfahren darstellen würde, bei denen jede Sekundarschule für sich mehr oder weniger funktionierende Konzepte erarbeitet hat.

*Dietmar Frühauf
für Sachsen-Anhalt*

Lehrkräftebildung braucht klare Standards: Im Gespräch mit der KMK

Die dbb Bildungsgewerkschaften haben am 14. März 2024 in Berlin aktuelle bildungspolitische Herausforderungen mit den Mitgliedern der Kultusministerkonferenz (KMK) diskutiert. Für den VDR vor Ort war der Bundesvorsitzende Ralf Neuschwender. Auf dem Bild v.l. Gerlinde Kohl (Bundesvorsitzende der Katholischen Erziehergemeinschaft – KEG), stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende und BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann, KMK-Präsidentin Simone Streichert-Clivot, Gabriela Kasigkeit (Vorstandsmitglied des Deutschen Philologenverbandes – DPhV), VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neuschwender, Pankraz Männlein (Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung – BvLB).



Bildquelle: dbb



Hier finden Sie die aktuelle Pressemitteilung des dbb zum KMK-Jahresgespräch

Das lesen Sie in der Juli-Ausgabe:

BILDUNG REAL

- Bundesvorstand tagt in Magdeburg
- Im Fokus: Lehrkräftebildung
- Vorstandswahlen beim Didacta Verband
- Demokratiebildung an der Schule

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um **gesund** zu werden!



linik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner



Wir sind für Sie da!
Tel.: (0 21 74) 398-0
www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

linik wersbach

empfehl Ihnen



GUT LANDSCHEID
Hotel & Restaurant

www.gut-landscheid.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer
Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und
im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer
im Sekundarbereich

Ralf Neuschwender
Dachauer Str. 44 a · 80335 München
Tel.: +49 (89) 55 38 76
Fax: +49 (89) 55 38 19
info@vdr-bund.de

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteurin

Waltraud Eder
Dachauer Str. 44 a · 80335 München
Tel.: +49 (1520) 1957242
eder@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer,
Dirk Meußner, Madeleine Helbig
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers oder der Schriftleitung wieder.

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke
erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt
eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung,
für unverlangt eingehende Bücher, Schriften
oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernom-
men. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto
beiliegt. Alle Rechte, auch auszugswesen Nach-
drucks der fotomechanischen Wiedergabe und
der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung



A. V. I. Allgemeine Verlags- und
Informationsgesellschaft mbH
Hauptstraße 68a
30916 Isernhagen
Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0
Fax: +49 (05139) 98 56 59-9
info@avi-fachmedien.de
z. z. gültige Preisliste Nr. 13 vom 1.2.2023

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen
die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.
Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,-
Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich
Versandkosten. Alle Preise enthalten
die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,-
zuzüglich Versandkosten und gesetzliche MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein
Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbe-
stellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 3-4/2024
ist der 7. Juni 2024

Entdecke die **OPITEC** Welt

...und werde ein Teil von uns!

Gemeinsam erarbeiten wir spannende Experimentier-Sets und neue Werkpackungen für den Unterricht und die Betreuung.

Klingt gut?
Dann senden Sie uns eine E-Mail mit Ihrer Idee an:

marketing@opitec.com

Wir freuen uns
über Ihre Nachricht!



Kreatives Gestalten im Frühling für Kindergarten und Schule

Neue Bastelideen und
zahlreiche Artikel
finden Sie in unserem aktuellen
Frühjahrskatalog:



Sie finden uns auch auf:

